

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Kinder und Frauen-Beilage

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 8. August 1906

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhalts-Verzeichnis.

Aufruf des Parteivorstandes zum Parteitag. — Aufruf der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands. — Ehe und Sittlichkeit. V. — Der proletarische Klassenkampf um die Volksbildung. Von Gerhart Hildebrand. — Mehr Wöchnerinnenschutz durch die Krankenkassen. Von Fr. Kleis. — Frauenstimmrecht. Von a. hr. — Lohn- und Arbeitsbedingungen der Tabalarbeiterinnen in Elbing. Von W. Kähler. — Sechster Kongress der christlichen Gewerkschaften. Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Halbjahresbericht der Vertrauensperson für Leipzig. — Erste Generalversammlung des Verbandes junger Arbeiter Deutschlands. — Politische Rundschau. Von G. L. — Genossenschaftliche Rundschau. Von Sim. Kagenstein. Notizenteil: Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht. Feuilleton: Das Verdende. Von Franz Dieberich. (Gedicht.) — Flammen. Von Lu. Warten. — Lieb eines Slaven. Von Sm. Gsch. (Gedicht.)

Parteigenossen!

Laut Beschluß des letzten Parteitages findet der diesjährige in Mannheim statt. Auf Grund der Bestimmungen der §§ 11, 12, 13, 14 und 15 der Parteioorganisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 23. September,

abends 7 Uhr, nach Mannheim in das Lokal „Apollotheater“, G. 6, 3 ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Sonntag, den 23. September, abends 7 Uhr: Vorversammlung. Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl der Mandatsprüfungskommission.

Montag, den 24. September und die folgenden Tage:

- 1. Geschäftsbericht des Vorstandes.**
Berichterstatler: W. Pfannkuch und A. Gerisch.
- 2. Bericht der Kontrollkommission.**
Berichterstatler: A. Kaden.
- 3. Parlamentarischer Bericht.**
Berichterstatler: G. Schöpflin.
- 4. Maifreier.**
Berichterstatler: R. Fischer.
- 5. Der politische Massenstreik.**
Berichterstatler: A. Bel.
- 6. Der internationale Kongress 1907.**
Berichterstatler: P. Singer.
- 7. Sozialdemokratie und Volkserziehung.**
Berichterstatler: K. Zetkin und H. Schulz.
- 8. Strafrecht, Strafprozess und Strafvollzug.**
Berichterstatler: H. Haase.
- 9. Sonstige Anträge.**
- 10. Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.**

Parteigenossen! Der Parteivorstand richtet an euch die Aufforderung, die Vorarbeiten für den Parteitag — also die Wahl von Delegierten wie die Stellung von Anträgen — rechtzeitig zu bewirken.

Die Anträge müssen spätestens am **27. August** im Besitze des Vorstandes, Adresse:

J. Auer, Berlin SW 68, Lindenstr. 69,

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 14 Absatz 2 der Parteioorganisation im „Vorwärts“ veröffentlicht und in die gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung der Vertrauensperson oder des Vorstandes der örtlichen beziehungsweise Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Vorstand und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit ihnen die Vorlagen und eventuell weitere Mitteilungen zugesandt werden können.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

August Dreesbach, Mannheim R. 3, 14.

Mandatsformulare sind durch das Parteibureau J. Auer, Berlin SW 68, Lindenstraße 69, zu beziehen. Der Versand erfolgt vom 21. August an.

Die Genossen, die Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige den Anträgen beigegebene Motive weder im „Vorwärts“ noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage Aufnahme finden können. Es steht den Genossen das Recht zu, ihre Anträge selbst oder durch befreundete Genossen auf dem Parteitag mündlich zu begründen. Ein Abdruck der Motive verbietet sich aber aus räumlichen Gründen und um Wiederholungen zu vermeiden.

Berlin, den 23. Juli 1906.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Genossinnen!

Als Beauftragte der Genossinnen Deutschlands beruft die Unterzeichnete eine **Frauenkonferenz** nach **Mannheim** ein, wo der nächste Parteitag stattfinden wird. Die Konferenz soll Sonnabend, den 22. September, morgens 9 Uhr, in der Zentralthalle Q. 2, 16, zusammentreten und nötigenfalls noch Sonntagnachmittag tagen.

Als provisorische Tagesordnung schlage ich vor:

1. Bericht der Zentralvertrauensperson.

a. Agitation, b. Presse.

2. Frauenstimmrecht.

Berichterstatlerin: Genossin Zetkin.

3. Agitation unter den Landarbeiterinnen.

Berichterstatlerin: Genossin Zieg.

4. Die Dienstbotenbewegung.

Berichterstatlerin: Genossin Grünberg.

5. Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen.

Berichterstatlerin: Genossin Dunder.

In Orten, in denen ein Zusammenarbeiten mit den Genossen stattgefunden hat, ist es wohl selbstverständlich, daß die Genossinnen sich mit diesen baldigst über die Wahl einer Delegierten verständigen. Dort, wo die Verhältnisse nicht so günstig liegen, haben die Genossinnen laut § 11 Absatz 1 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei Deutschlands das Recht, in öffentlicher Frauenversammlung nicht nur eigene Delegierte für die Frauenkonferenz zu wählen, sondern auch für den Parteitag.

Wünschenswert ist, daß die Delegierten zur Frauenkonferenz auch zugleich ein Mandat für den Parteitag erhalten. Die Verhandlungsgegenstände, die auf seiner Tagesordnung stehen, sind alle von größter Wichtigkeit für die proletarische Frauenwelt. In erster Linie sei auf die Frage der Volkserziehung hingewiesen, an welcher die Proletarierin als Bildungsbedürftige wie als Mutter das höchste Interesse hat. Der Aufruf des Parteivorstandes wendet sich an die gesamte Genossenschaft, er gilt für die Genossinnen wie die Genossen. Müchten daher die Genossinnen überall dafür sorgen, daß dem ihnen zustehenden Rechte gemäß an dem diesjährigen Parteitag als Delegierte Frauen teilnehmen, die in treuer Pflichterfüllung alle Arbeiten und Kämpfe der Sozialdemokratie teilen.

Anträge zur Frauenkonferenz sind spätestens bis zum **31. August** einzusenden.

Erfolgte Wahlen von Delegierten sind der Unterzeichneten zu melden.

Die Adresse des Lokalkomitees ist:

August Dreesbach, Mannheim R. 3, 14.

Die Frauenkonferenz zu Mannheim muß nicht nur ein Beweis für die Fortschritte der proletarischen Frauenbewegung werden, sondern auch der Ausgangspunkt weiterer großer Erfolge.

Mit Parteigrüß

Otilie Daader, Berlin S 53, Blücherstr. 49, Hof II.

Ehe und Sittlichkeit.

V.

Mit der Entfaltung der kapitalistischen Produktion, dem Emporblühen und der Befestigung der bürgerlichen Gesellschaft haben die objektiven wie subjektiven Triebkräfte, welche an der Umgestaltung der Ehe arbeiten, an Stärke gewonnen, hat sich das Tempo des geschichtlichen Prozesses beschleunigt,

in dem sie lebendig sind. Die von ihnen vorwärtsgetragene Entwicklung treibt aber über den Rahmen der bürgerlichen Ordnung hinaus. Was sie schafft, ist mehr als eine bloße Reform, es ist eine Revolution der Ehe. Indem sie diese in ihrer ökonomischen Grundlage radikal umwälzt, verändert sie auch ihren Charakter und setzt sie ihr neue, höhere Zwecke. Die Ehe verwandelt sich aus einer vermögensrechtlichen in eine sittliche Institution, an Stelle des in ihr geltenden Vaterrechts tritt die Gleichberechtigung von Mann und Weib, die Monogamie wird aus einem Gebot, dessen strenge Praxis nur für die Frau allein gilt, zu frei gewollter sittlicher Erfüllung für beide Geschlechter.

Für eine Ehe mit diesen Wesenszügen ist jedoch innerhalb der kapitalistischen Ordnung weder Boden, noch Nahrung, Luft und Licht vorhanden. Die Revolution der Ehe kann daher nicht aus den leichten, sonnbeglänzten Wolken geistig-sittlicher Spekulationen zu den armen Menschenkindern niedersteigen, deren mißhandelte Sinne und Seelen in glühender Sehnsucht nach Reinheit des Geschlechtslebens rufen. Sie bleibt vielmehr an die Revolution der gesamten sozialen Ordnung gebunden, wie das Entstehen und die Entwicklung der monogamischen Ehe von je mit dem allgemeinen sozialen Werden verknüpft gewesen ist. Die Revolution der Ehe kann nur auftreten im Zusammenhang mit einer Revolution der Gesellschaft, welche das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufhebt und damit auch die Ehe auf eine andere, auf ihre sittlich-natürliche Grundlage stellt. Das Menschenrecht auf Liebe in der Ehe vermag nur zu triumphieren, wenn auf der ganzen sozialen Linie die Macht des Besitzes über das Recht des Menschen gebrochen worden ist. Wie der wissenschaftliche Forschungstrieb und der künstlerische Schöpfungsdrang, so wird auch die Liebe des Mannes zum Weibe und des Weibes zum Manne erst in Freiheit ihre weißen starken Schwingen entfalten, die emportragen, wenn die menschliche Arbeit ihre Befreiung errungen hat; die Arbeit, in deren Bedingungen die sozialen Beziehungen zwischen den Menschen ihre letzte Wurzel haben.

Es fragt sich nun, ob zusammen mit der allgemeinen geschichtlichen Bewegung auch der Umwandlungsprozess der Ehe in der Richtung auf dieses Ziel vor sich geht. Deutlich wahrnehmbare Entwicklungslinien sprechen dafür. Aber nicht in unvermittelten Sprüngen schreitet die Umwertung der Ehe vorwärts, das ist schon in den vorausgegangenen Abschnitten klar hervorgetreten. Sie reißt in langsamem, ununterbrochenem organischem Werden heran. Die Summe oft unscheinbarer äußerer und innerer Resultate langer Entwicklungsreihen erreicht schließlich einen Höhepunkt, an dem sie allen Augen sichtbar als etwas Neues in Erscheinung tritt, das altüberkommene Formen sozialer Verhältnisse ummodelliert und sprengt. Der Höhepunkt wird zum Ausgang weiterer Entwicklungen, die geschichtliche Erfüllung trägt wieder neues Treiben und Keimen in ihrem Schoß, gleichwie Blüte, Frucht und junges Pflänzlein sich in ewigem Kreislauf, eins das andere in sich bergend, zur unendlichen Kette aneinanderreihen.

In der feudalen Gesellschaft und unter der handwerksmäßigen Produktion begannen sich bereits die wirtschaftlichen und geistigen Kräfte zu regen, welche in der bürgerlichen Ordnung die Ehe zersetzten und ummodellierten und zur bourgeoisen Eheform führten. In konsequenter Fortentwicklung sind wiederum in der bürgerlichen Gesellschaft unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktion geschichtliche Mächte am Werke, welche die überlieferte bürgerliche Monogamie umbilden und die zukünftige Revolution der Ehe vorbereiten, die sich erst in der sozialistischen Ordnung ganz durchsetzen kann, deren Geburtswehen bereits den kapitalistischen Mutterleib durchsuchen.

Die gesellschaftlichen Kräfte, welche die Entwicklung in dieser Richtung vorwärts treiben, sind in der Hauptsache die nämlichen, die uns bereits in den Anfängen der kapitalistischen Produktion in ihrer dialektischen Doppelseigenschaft als Ehezerstörer und Ehe reformer entgegengetreten sind. Allein ihr Walten von einst und jetzt verhält sich zu einander wie Kinder spiel zur Leistung des Erwachsenen. Die kapitalistische Produktion, welche die Ehe umbildende Kräfte entfesselt, hat ja längst schon die Kinderschuhe abgelegt, die sie in den Zeiten der Renaissance und der Reformation trug; sie hat auch das Entwicklungsstadium hinter sich, in welchem sie in markigem Jugendmut durch bürgerliche Revolutionen die politischen und sozialen Schranken zertrümmerte, die ihre freie Entfaltung hemmten, in welcher sie den bürgerlichen Staat schuf, dessen sie für das freie Spiel ihrer Kräfte bedurfte. Sie ist zur Reife gekommen.

Die tiefstufendste revolutionärste Umwandlung der Arbeit und ihrer Bedingungen hat sich seither vollzogen, welche die Ge-

schichte kennt. Die früher angestaunte Manufaktur hat der Fabrik weichen müssen, der fabrikmäßige Klein- und Mittelbetrieb verschwindet vor den modernen industriellen Riesenunternehmen. Kraftmaschinen stellen die Stärke bergewälzender Titanen, maschinelle Werkzeuge und summe technische Arbeitsverfahren die Geschicklichkeit und Behendigkeit, die Erfindungsgabe von Heinzelmännchen in den Dienst der Produktion; Wissenschaft und Kunst sind ihre Handlangerinnen; der Dampf ist wie der Blitz, die Elektrizität, ihr Sklave geworden. Die Verkehrsmittel haben eine ungeahnte Entwicklung erfahren, die aus dem gesellschaftlichen Wirtschaftsleben bis in den Familienhaushalt hineingreift. Mit Warenproduktion und Geldwirtschaft dehnte sich der Handel gewaltig aus, dem „königlichen Kaufmann“ aber erstand in dem listigen und verwegenen Börsenspekulanten ein gefährlicher Konkurrent: Kredit und Börse entwickelten sich und zogen ihre Kreise über die Welt. Nachdem es keine neuen Erdteile mehr zu entdecken und zu plündern gab, trieb der Kapitalismus zur „Erschließung“ und Industrialisierung der Länder, die noch außerhalb seines Bannes standen. Er regte auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet Erfindungen und Entdeckungen an, welche die geheimnisvollsten und mächtigsten Naturkräfte entfalteten, bändigten und der menschlichen Arbeit untertänig machten. In erhöhtem Maße trifft heute zu, was das „kommunistische Manifest“ vor mehr als einem halben Jahrhundert aussprach. Der Kapitalismus hat „massenhaftere und kolossaler Produktionskräfte geschaffen, als alle vergangenen Generationen zusammen“. Der wirtschaftlichen Revolutionierung entsprechend hat er die sozialen Verhältnisse tief umgepflügt. Er degradierte die absoluten Fürsten zu konstitutionellen und verwandelte die ungekrönten Könige der Industrie, des Handels und der Hochfinanz in absolute Herren. Er schuf die Plutokratie, an welche die alleingeseffene Aristokratie Wappenschilder, Söhne und Töchter verkauft, der die Nachfahren der Kreuzfahrer als „blutige Gründer“ Hand- und Spanndienste leistet. Er hob die Stände auf und setzte an die Stelle der zahllosen verbrieften Freiheiten der Feudalordnung die eine gewissenlose Handelsfreiheit; zwischen Menschen und Menschen ließ er kein anderes Band übrig als das nackte Interesse, als die gefühllose bare Zahlung, um mit dem oben zitierten Dokument zu reden. Er verschärfte alte soziale Gegensätze und schuf neue soziale Schichten, neue soziale Gegensätze, die er rasch auf die Spitze trieb. Er bewirkte, daß alle sozialen Gliederungen hinter der Klassensecheidung zurücktraten, alle sozialen Gegensätze vor dem einen großen Klassengegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten verblaßten. Im Lichte der allgemeinen riesigen und rapiden Ummäzung der Produktionsbedingungen und sozialen Verhältnisse wird es begreiflich, daß die bürgerliche Ehe in großem Umfang und mit wachsender Schnelligkeit der Zersetzung anheimfällt, seitdem die bürgerliche Gesellschaftsordnung die herrschende geworden ist. Die entfaltete kapitalistische Produktion und die von ihr getragene kulturelle Entwicklung haben die Gewalt der Faktoren erhöht, welche den Charakter und die Aufgaben des Haushalts verändern; das Bedürfnis der Menschen nach Einheit von Liebe und Ehe steigern; das Bewußtsein für die Gegensätze schärfen, welches die Ehe in sich birgt: den Antagonismus zwischen dem eigentumsrechtlichen Zwecke der bürgerlichen Monogamie und dem natürlich-fittlichen Liebesrecht des modernen Menschen; den Gegensatz zwischen dem Herrenrecht des Mannes und der Unfreiheit des Weibes. (Schluß folgt.)

Der proletarische Klassenkampf um die Volksbildung.*

Solange die Arbeiterklasse nicht die politische Macht hat, die sie in den Stand setzt, den öffentlichen Volksschulunterricht nach ihren Bedürfnissen zu organisieren, wird ihr Kampf um die Volksbildung zum nicht geringen Teil ein Kampf gegen die Schule sein müssen. So unbestritten es auch aller pädagogischen Weisheit letzter Schluß ist, daß die wichtigste Voraussetzung für allen gebührenden Unterricht die moralische Autorität des Lehrers ist: Wir kommen auf die Dauer um die Frage doch nicht herum: Sollen wir unter den gegenwärtigen Umständen die Autorität des Volksschullehrers bei den Kindern des Volkes stützen helfen, oder sollen wir sie angreifen? Was ist uns wichtiger: den verbummenden Religions- und Geschichtsunterricht der heutigen Volksschule unter allen Umständen unwirksam zu machen, oder im Interesse der übrigen Unterrichtsfächer die Autorität des Lehrers für die Dauer der Schulzeit unangetastet zu lassen?

Die Entscheidung dieser Frage richtet sich nach der Beantwortung der anderen: Hat es die Arbeiterbewegung vermocht, in ihren Reihen die Wirkung des Volksschulunterrichtes, soweit er religiös-patriotischer Gesinnungsunterricht gewesen ist, gänzlich aufzuheben oder nicht? Bei der Beantwortung dieser Frage darf man natürlich weder den relativ engen Kreis der in der Bewegung intensiv tätigen Genossen proletarischer Herkunft, noch die ganz breite Masse der locker organisierten ins Auge fassen. Im ersteren Falle würde die Antwort unbedingt bejahend, im letzteren unbedingt verneinend ausfallen. Aber auch wenn man den Mittelweg geht und in der Hauptsache die regelmäßigen Besucher der Wahlvereinsversammlungen für seine Antwort in Betracht zieht, so muß man meines Erachtens leider immer noch zu dem Schlusse kommen, daß die Folgen des Volksschulunterrichtes in ihrem vollen Umfang durch die

sozialistische Aufklärung heute noch nicht beseitigt werden können.

Und zwar aus dem Grunde: Die Volksschule hat in den Köpfen derer, die ihren Unterricht genossen, eine zusammenhängende, in sich abgeschlossene Vorstellungreihe über die Religion und die vaterländische Geschichte hinterlassen. Die biblische Geschichte von der Erschaffung der Welt, dem Sündenfall, der Berufung Abrahams, der Erlösung durch Jesu Tod und Auferstehung, der Kirchengründung, dem jüngsten Gericht ist etwas, das trotz aller Widersprüche, Dunkelheiten und Unmöglichkeiten in den Quellen selber als etwas Einheitliches in die Köpfe eingegangen ist. Genau so ist es mit der vaterländischen Geschichte. Wenn man sich so ein Realienbuch mit seinen hundert Seiten vaterländischer Geschichte ansieht, davon 50 auf die Zeit nach dem siebenjährigen Kriege fallen (Kahn Meyer & Schulze), so folgt dem Gefühl der Empörung darüber, was auf diesen Seiten den Kindern alles unterschlagen wird, die Bewunderung über das Raffinement, mit dem sich unsere Pädagogik in den Dienst des dynastischen Patriotismus gestellt hat. Da ist vom alten Fritz bis zu Wilhelm II. und seiner Familie herunter alles an den Fürsten gut, tapfer, edel, schlicht, leutselig usw. (Selbst an dem dicken Friedrich Wilhelm II. wird gerühmt, daß er „viel Heldenmut“ besaß, „gütig und wohlwollend gegen jedermann“ gewesen sei und den Wahlspruch „Aufsichtig und standhaft“ gehabt habe.) Die vaterländische Geschichte setzt sich also in den Kinderköpfen als eine jahrhundertlange, ununterbrochene Segenswirkung tapferer und kluger Monarchen fest.

Dieses Einheitliche in Religion und Geschichte wird wohl späterhin durch die Vorträge im Wahlverein und in den Volksversammlungen zerrissen, aber es wird keine andere zusammenhängende Geschichtsvorstellung dafür an die Stelle gesetzt. Der Kopf muß sich bei einzelnen Sätzen beruhigen, wie: „Alle menschliche Geschichte ist die Geschichte von Klassenkämpfen“ oder: „Unsere naturwissenschaftliche Erkenntnis verbietet uns den Glauben an willkürliche Eingriffe in den Verlauf des Naturprozesses, also müssen die biblischen Geschichten Alten wie Neuen Testaments eine Fülle von Sage und Aberglaube enthalten.“ Aber wie nun in Wirklichkeit die vaterländische Geschichte und die Weltgeschichte verlaufen ist, was an die Stelle der Moses, Abraham, Jesus, Luther, Friedrich der Große zu setzen ist, wie der leer gewordene Raum nun auszufüllen ist, das wird auch denen nicht genügend deutlich, welche die Parteiveranstaltungen Jahre hindurch regelmäßig besuchen. Auch als Lesern der Parteipresse wird es ihnen nicht klar, aus dem einfachen Grunde, weil die politische Aufklärung immer an Gegenwartereignisse anknüpft und Gegenwartszustände behandelt. Ein einzelner historischer Artikel oder Vortrag kommt zwischen ein mal vor, genügt aber nicht dem Bedürfnis. Systematische, zusammenhängende Arbeit ist nötig. Nun gibt es freilich zusammenhängende Darstellungen über die Geschichte des Sozialismus, über die preussische Geschichte, über die Weltanschauungsprobleme, die aus der Naturwissenschaft hervorzuschauen. Aber da fehlt der große Mangel unserer Volksschulbildung ein: die Ungewandtheit, größere Bücher zu lesen und ihren wesentlichen Gehalt zu erfassen. Selbst wer sich mit reblichem Eifer bemüht, in diese Werke einzudringen, bleibt nur zu leicht am Aneldotischen, am Anschauungsmaterial haften, ohne sich den Gedankengehalt aneignen und die großen durchgehenden und verbindenden Linien herausfinden zu können. Dazu kommt, daß das Lesen zusammenhängender Darstellungen an sich eine Arbeit ist, der die Masse auch der bildungsbedürftigen Arbeiter nach dem Tagewerk nicht mehr gewachsen ist. Es muß zum mindesten noch eine Übergangsstufe zwischen den Einzelvorträgen und Einzelartikeln und dem Selbstunterricht durch Bücherstudium geschaffen werden: der Vortragskursus. Er besteht bisher immer noch nur als Ausnahme in großen Städten. Er muß zur festen Regel jeder Aufklärungsstätigkeit gemacht werden. Es müssen systematisch alle Gebiete, die sich dem Zwecke entsprechend für Vortragskurse eignen, festgelegt und ausgesondert sowie die entsprechenden Vortragenden dafür gewonnen werden. Und das ist nicht so leicht, wie es bei der Fülle von rednerisch gewandten und geübten Kräften auf den ersten Blick auszu sehen mag. Zum erfolgreichen Abhalten eines Vortragszyklus von fünf bis zehn und mehr Stunden über ein zusammenhängendes Gebiet gehört ein so selbständiges Durcharbeiten des ganzen Stoffes, wie es nur wenigen Parteigenossen möglich gewesen ist, die aus der Industriearbeit heraus in die rednerische Betätigung hineingekommen sind.

Für uns wesentlich ist jedoch im Augenblick lediglich die Tatsachenfeststellung: Im Mittelpunkt der geschichtlichen Vorstellungen steht selbst bei den regelmäßigen Besuchern der Wahlvereinsveranstaltungen für das 18. Jahrhundert Luther, für das 17. der „Große Kurfürst“, für das 18. der „Alte Fritz“. Darin ist die Wirkung des Volksschulunterrichtes, soweit der wirklich vorhandene Bewußtseinsinhalt in Frage kommt, noch ungebrochen. Nur theoretisch sagen sich die Genossen: Die Geschichte wird wohl erheblich anders gewesen sein. Praktisch können sie sich nicht die geringste Vorstellung davon machen, wie sie denn nun eigentlich in Wirklichkeit gewesen ist.

Und darum erhebt sich die Frage: Gibt es eine Möglichkeit, von Anfang an zu verhindern, daß sich der komplex christlich-patriotischer Welt- und Geschichtsbetrachtung in den Kinderköpfen einnistet? Von der Möglichkeit eines Schulstreiks will ich nicht reden. Unter keinen Umständen darf den Kindern die Vorstellung beigebracht werden, daß es nützlich sei, die Schule zu schwänzen. Aber sollte es nicht denkbar sein, daß die bisherige Art, den Kindern Geschichte und Religion beizubringen, eine einfache pädagogische Unmöglichkeit wird, weil die Kinder aus anderweitig bezog r besserer

Kenntnis heraus dagegen rebellieren? Bereits heute werden von den Wanderpredigern der Stadtmiffion, um die Entfittlichung und Entkirchlichung der sozialdemokratisch durchseuchten Großstadtjugend anschaulich zu machen, Anekdoten erzählt, wonach bald bei diesem, bald bei jenem Anlaß die Schulkinder dem Lehrer gesagt haben: „Mein Vater hat aber gesagt, es gibt keinen Gott“, oder: „Mein Vater hat gesagt, es sei nur ein Märchen, daß Jesus vom Tode auferstanden und gen Himmel gefahren sei.“ Hat der Lehrer es erst einmal mit einer größeren Anzahl von Kindern zu tun, die sich in dieser Weise gegen den biblischen oder vaterländischen Geschichtsunterricht wehren, so muß er mit der Zeit zur Verweisung über die Erfolglosigkeit seines „Gesinnungsunterrichtes“ gebracht werden. Auch hier gilt der Satz, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung schließlich an ihren eigenen Widersprüchen zugrunde geht, indem ihr Schulunterricht sich in keiner Weise mehr mit dem Bewußtseinsinhalt der Masse vereinigen läßt.

Wie aber gelangt man dahin? Es ist ausgeschlossen, daß die Eltern von sich aus die Vorstellungswelt der Kinder so gegen die Verdumpfungseinflüsse der Schule immun machen, wie es notwendig ist. Die oben besprochene Tatsache, daß sie selber noch unter den Wirkungen des Schulunterrichtes leiden, hindert sie daran. Sie können in negativer Richtung Kritik üben, indem sie das, was der Lehrer den Kindern beibringt, als falsch hinstellen. Aber sie können den Kindern keinen positiven Ersatz bieten, und darum tun sie heute instinktiv das durchaus Richtige, wenn sie sich überhaupt nicht um das bekümmern, was ihre Kinder im Religions- und Geschichtsunterricht lernen. Aber wenn sie die Möglichkeit hätten, durch besondere Veranstaltungen den Kindern ein Gegengewicht gegen den falschen Schulunterricht zu verschaffen, würden sie ohne Zweifel von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Die Möglichkeit besteht aber darin, daß man einmal das Lesebedürfnis der Kinder, zweitens ihre Auffichtsbedürftigkeit ausnützt. Es müssen für die des Lesens kundigen Kinder Weihnachtbücher geschaffen werden, durch die man die von der Schule gepflegte geschichtliche Vorstellungswelt umkrempelt, so daß jeder Junge im letzten Schuljahr dem Lehrer entgegenhalten kann: In meinem Weihnachtbuch steht aber nicht wie im Realienbuch, daß dem König Friedrich Wilhelm II. der Freih. v. Stein der geeignete Mann zu sein schien, um Abhilfe zu schaffen. Da steht im Gegenteil, daß der König den Freiherrn v. Stein mit Schimpf und Schande davongejagt hatte, und daß Napoleon den König erst zwingen mußte, den Freiherrn wieder anzustellen, weil Napoleon die Unfähigkeit des Königs erkannt hatte, sein Land zu regieren. Oder: In meinem Lesebuch steht aber nicht, daß in den Märztagen 1848 aus den Vorstädten Berlins allerlei Gesindel zusammengeströmt ist, und daß ehrlöse Wähler in Kellern und Wirtschaften zum Kampfe reizten, sondern es steht da, daß der König und seine Umgebung das Volk mit Gewalt unterdrücken wollten, und daß darum das Volk sein Blut für die Freiheit vergossen hat. Oder: In meinem Lesebuch steht nicht, daß unser Kaiser die Abgeordneten der Arbeiter ebenso freundlich empfängt wie die der Fabrikbesitzer, und daß er sehr bemüht ist, die Not der ärmeren Volksschichten zu mildern, sondern im Gegenteil, daß der Kaiser die Partei der Arbeiter vaterlandslose Gesellen genannt hat, mit denen kein ehrlicher Mann etwas gemein haben dürfte, und daß unter seiner Regierung die Steuern, die das Volk bezahlen mußte, fortgesetzt gemachsen sind.

So sollte die Leselust der Kinder von früh auf benützt werden, um in ihnen die Keime des dynastischen Patriotismus, Vorstellungen wie die von dem „Erbfeind“ Frankreich und viele andere, die in der Schule gepflegt werden, wieder zu zerstören.

Aber darüber hinaus müßten Kinderpflegeorganisationen geschaffen werden (man denke dabei an die Wirksamkeit der bürgerlichen und christlichen Kinderhorte), in denen eine lebendige persönliche Beeinflussung der Kinder möglich ist. Hier ist ein wichtiges Feld für die Frauenvereine. Nicht nur als Proletarierinnen, sondern gerade auch als proletarische Mütter müssen die Frauen organisiert werden, um die notwendigen Einrichtungen für die Kinderbeaufsichtigung und Kindererziehung zu schaffen. Es ist besonders unter den gelehrten Arbeiterschichten nicht immer der Fall, daß die Arbeiterfrau neben der Haus- und Erziehungsarbeit noch Erwerbsarbeit zu leisten hat. Diese, für die Erziehung verfügbaren Kräfte sollten durch die Organisationen für den Gedanken gewonnen werden, sich zu gemeinsamer Erziehungsarbeit zu vereinen und zu schulen. Jüngere Arbeiterfrauen mit nur wenigen Kindern, oder Mütter mit solchen Kindern, die der ständigen Wartung nicht mehr bedürfen, haben oft eher zu viel als zu wenig Zeit übrig, das heißt, sie wissen mit ihrer Zeit nicht immer das wirklich Notwendige anzufangen. Wäre es möglich, sie für gemeinschaftliche pädagogische Bestrebungen zu interessieren, so würden sich langsam die Stätten und die Menschen für eine planmäßige geistige Leitung der Kinder außer der Schule heranzubilden.

Wenn man die Kräfte hat, muß man den Feind dort angreifen, wo man ihn findet. Es nützt nichts, mit der Durchführung der sozialistischen Jugendbildungsdeale zu warten, bis die Arbeiterklasse die politische Macht hat. Gerade um die politische Macht zu erlangen, muß man die proletarische Jugend von früh auf gegen den Klassenstaat, wo immer sie ihn erkennen lernen kann, mobil machen. Man revolutioniere die Köpfe der Kinder gegen den christlich-patriotischen Gesinnungsunterricht der Schule, dann entwindet man dem Staat ein seiner heute noch wichtigstes Machtmittel.

Gerhard Hildebrand

* Wir veröffentlichen diesen Artikel als einen Beitrag zu der Diskussion über das Problem „Jugend und Sozialismus“.

Mehr Wöchnerinnenschutz durch die Krankenkassen.

Die Forderungen auf Ausbau des Mutterschafts- und Säuglingsschutzes, um den es gegenwärtig noch äußerst schlecht bestellt ist, werden in unserer Zeit mit Recht immer nachdrücklicher erhoben. Nach den sozialistischen Frauen sind auch die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen mit entsprechendem Reformverlangen auf den Plan getreten. Während die proletarische Frauenbewegung aber zum Schutze der Mutter das Krankenversicherungsgesetz zweckentsprechend ausgestaltet haben will, treten sehr viele Wortführerinnen der bürgerlichen Frauenbewegung für die Gründung einer besonderen Mutterschaftsversicherung ein. Auch in Veranstaltungen des bürgerlichen „Bundes für Mutterschutz“, der, aus einer buntgemischten Gesellschaft zusammengesetzt, zum Teil soziale Reformen propagiert, zum Teil bürgerlichen Wohlfahrtsbestrebungen huldigt, wurde eine besondere Mutterschaftskasse gefordert.

Unserer Meinung nach kann der Einführung einer Mutterschaftsversicherung als eines selbständigen Zweiges der Arbeiterversicherung, von anderen Gründen abgesehen, schon daher nicht das Wort geredet werden, weil dadurch die Zersplitterung der Versicherungsanstalten noch weiter vergrößert würde. Es ist aber bekannt, daß diese Zersplitterung eine bedeutende Erhöhung der Verwaltungskosten und damit eine Herabdrückung der Leistungen der Versicherungsanstalten bedingt, von weiteren Nachteilen zu schweigen. Sehen wir von den Einrichtungen ab, welche die Gemeinde zur Fürsorge für Schwangere, Wöchnerinnen und Säuglinge schaffen kann und schaffen muß, so erscheinen die Krankenkassen als die berufenen Trägerinnen des Mutterschaftsschutzes. Sie müssen im Hinblick auf die Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung zweckentsprechend ausgestaltet werden. Das kann selbstverständlich in allgemeiner und in recht wirksamer Weise nur auf gesetzgeberischem Wege geschehen. Eine größere Zentralisation der Krankenkassen und damit eine Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit ist Voraussetzung der Ausgestaltung. Bis zu einschneidenden gesetzgeberischen Änderungen muß es sich aber darum handeln, den Mutterschaftsschutz nach den Möglichkeiten auszubauen, welche der Gesetzgeber geschaffen hat. Sie müssen geschützt werden! Und dazu müssen wir alle mithelfen, ganz besonders natürlich die Frauen.

Der Wöchnerinnenschutz ist seither durch die Krankenversicherung zweifellos viel zu wenig Beachtung geschenkt worden. Die Gemeindefrankversicherungen (bekanntlich die rückständigste Form der Versicherung, weil die Versicherten auf diese Kassen keinen direkten Einfluß haben), die immer noch zirkel ein Sechstel sämtlicher Krankenversicherungspflichtiger Personen umfassen, und der größte Teil der freien Hilfskassen kennen eine Wöchnerinnenunterstützung in irgend einer Form überhaupt nicht. Bei den übrigen Kassenarten ist dieselbe noch recht unzulänglich. Das ursprüngliche Krankenversicherungsgesetz bestimmte nur, daß die organisierten Kassen (zu denen die Gemeindefrankversicherungen nicht gehören) eine dem Krankengeld gleiche Unterstützung den Wöchnerinnen auf die Dauer von drei Wochen nach ihrer Niederkunft zu gewähren hatten. Die Gesetzesänderung von 1892 sicherte den Unterstützungsanspruch der Wöchnerinnen „auf die Dauer von mindestens vier Wochen nach ihrer Niederkunft, und soweit ihre Beschäftigung nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung für eine längere Zeit unterlagt ist, für diese Zeit“. Die Novelle von 1903 endlich setzte die Unterstützungsdauer allgemein auf sechs Wochen fest. Der Anspruch auf die Unterstützung ist nach wie vor an eine Bedingung geknüpft geblieben. Die Wöchnerin muß nämlich innerhalb des letzten Jahres, vom Tage der Entbindung an gerechnet, mindestens sechs Monate hindurch einer (also auch eventuell einer anderen) Kasse angehört haben, die auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes errichtet ist, oder aber einer Gemeindefrankversicherung. Die erwähnte letzte Novelle zum Krankenversicherungsgesetz hat jedoch den Kassen die Möglichkeit gegeben, die Wöchnerinnenfürsorge weiter auszubauen.

Der Entwurf der Novelle enthielt diese Möglichkeit nicht; sie ist vielmehr erst durch die Kommissionsberatungen hineingebracht worden. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission hatten den Antrag gestellt, die Pflichten der Kassen dahin zu erweitern, daß die Wöchnerinnenunterstützung für mindestens zwölf Wochen zu zahlen sei, von denen sechs vor und sechs unmittelbar nach der Niederkunft liegen müssen; ferner daß die Kassen freie Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden zu gewähren hätten. Für den Fall der Ablehnung stellten die erwähnten Kommissionsmitglieder den Eventualantrag, die Forderungen wenigstens im § 21 unter die Leistungen aufzunehmen, die von den Kassen eingeführt werden können. Bei der Begründung ihrer Forderungen betonten sie, daß es sich nur um den ersten Schritt zur Mutterschaftsfürsorge handle, und daß zu erwägen sei, ob in Zukunft der Anfang nicht durch Zuschüsse vom Reich weiter ausgestaltet werden müsse. Der Grundgedanke der Anträge begegnete fast allseitiger Sympathie. Trotzdem konnte die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder sich nicht entschließen, diese Bestimmungen unter die gesetzlichen Mindestleistungen (§ 20) aufzunehmen. Würde das der Fall sein, so meinten sie, so müßten sich die bisherigen Ausgaben für Wöchnerinnenunterstützung verdreifachen. Die Bundesratsvertreter äußerten eine Reihe formaler Bedenken gegen die Fassung der Anträge. Sie bemängelten, daß der Wortlaut derselben die Unterstützung für sechs Wochen vor der Entbindung obligatorisch mache, ohne Rücksicht darauf, ob eine Erwerbsunfähigkeit vorhanden sei oder nicht. Die Unterstützung vor der Entbindung könne doch nicht als eine Wöchnerinnenunterstützung

bezeichnet werden. Da der Zeitpunkt der Niederkunft stets unsicher sei, könne nicht festgestellt werden, wenn die Unterstützungspflicht beginne und die Zahlung der Unterstützung zu erfolgen habe. Diesen Erwägungen zufolge gab die Kommission der Ziffer 4 des § 21 nachfolgende Fassung:

„Schwangeren, welche mindestens sechs Monate der Kasse angehören, kann eine der Wöchnerinnenunterstützung gleiche Unterstützung wegen der durch die Schwangerschaft verursachten Erwerbsunfähigkeit bis zur Gesamtdauer von sechs Wochen gewährt werden. Auch kann freie Gewährung der erforderlichen Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden beschlossen werden.“

Diese Bestimmungen haben Gesetzeskraft erhalten, und es steht somit den Kassen frei, sie in das Statut aufzunehmen und zur Durchführung zu bringen.

Bis jetzt haben das leider nur sehr wenige Kassen getan. Von denen, die von dem Rechte erweiterter Mutterschaftsfürsorge Gebrauch gemacht haben, seien folgende erwähnt: die Allgemeine Ortskrankenkasse Magdeburg gewährt eine Schwangerschaftsunterstützung für vier Wochen in der Höhe des Wöchnerinnengeldes sowie freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden, die von manchen Kassen nicht als „Krankheit“ angesehen werden und für deren Behandlungskosten sie deshalb nicht aufkommen. Die Kasse zahlt außerdem noch ein Entbindungsgeld von 6 Mk. Diese Leistungen sind ein guter Anfang. Die Ortskrankenkasse für Kaufleute in Magdeburg gewährt ebenfalls ein Entbindungsgeld. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Halberstadt gewährt eine Schwangerschaftsunterstützung für vier Wochen und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden. Die Ortskrankenkasse der Kaufleute in Berlin gewährt eine Schwangerschaftsunterstützung für sechs Wochen.

Zur rechtlichen Seite der Neuerungen sei einiges bemerkt: Die Worte im Gesetz, die Mutterschaftsunterstützung betreffend, bedeuten, daß die Einführung der genannten Art von Unterstützung im Statut allgemein, also für alle Schwangeren beziehungsweise Wöchnerinnen vorgesehen werden muß, daß es daher nicht angängig ist, die Gewährung nur in einzelnen Fällen eintreten zu lassen, über welche die Entscheidung vielleicht in das Ermessen des Kassenvorstandes gelegt wäre. Ist die Gewährung der Unterstützung in das Statut aufgenommen, so hat jede Schwangere, die der Kasse angehört, gegebenenfalls einen Rechtsanspruch auf die Unterstützung. Wie bei der Wöchnerinnenunterstützung überhaupt, so darf auch bei der Schwangerschaftsunterstützung kein Unterschied zwischen ehelichen und unehelichen Müttern gemacht werden. Betont sei aber, daß die in Geld bestehende Schwangerschaftsunterstützung nur für Zeiten wirklicher Erwerbsunfähigkeit gewährt werden darf, und zwar auf Grund eines Nachweises, also durch ein Zeugnis eines Arztes oder einer Hebamme. Hier liegt ein Gegensatz zu der Wöchnerinnenunterstützung vor, die auf mindestens sechs Wochen, vom Tage der Entbindung an, gewährt werden muß, auch wenn keine Erwerbsunfähigkeit vorhanden ist.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß die Kassenverwaltungen bei gutem Willen sehr wohl in der Lage sind, einen Anfang mit der Mutterschaftsfürsorge zu machen. Leider fehlt es aber oft in den Kassenverwaltungen an dem nötigen sozialpolitischen Verständnis, um die Wichtigkeit der diesbezüglichen Aufgabe zu begreifen. In dieser Beziehung aufklärend zu wirken, muß mit Ausgabe der proletarischen Frauenbewegung sein. Sie muß die Kassen anspornen, den Mutterschaftsschutz nach der Möglichkeit auszubauen, welche der Gesetzgeber geschaffen hat.

Wir geben gern zu, daß die Schwangerschaftsunterstützung in Geld nach den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen kompliziert und schwer durchführbar ist. Dazu kommt, daß sie den Kassen Lasten auferlegt, die zwar an sich keineswegs unerschwinglich sind, die aber doch unter dem gegenwärtigen System der Zersplitterung und der Konkurrenz der Kassen untereinander unter Umständen fühlbar sein können. Daß trotzdem bei gutem Willen Leistungen möglich sind, erweisen die angeführten Beispiele.

Was aber ohne besondere Schwierigkeit von allen Kassen eingeführt werden kann, das ist die Bezahlung der Hebammendienste. Die unentgeltliche Geburtshilfe ist ein unabwiesbares Erfordernis der Menschlichkeit und der gesellschaftlichen Einsicht. Es ist ein großer Mangel des Krankenversicherungsgesetzes, daß die Hebammendienste noch nicht unter die obligatorischen Kassenleistungen aufgenommen worden sind.

Führen die Krankenkassen die Bezahlung der Hebammengebühren ein, so brauchen die Wöchnerinnen nicht selbst Barmittel zu dem Zwecke aufzubringen, und sie erhalten die Möglichkeit, den Betrag für bessere Ernährung, Pflege usw. aufwenden zu können. Wie schwer es oft den Wöchnerinnen wird, die Gebühren zu erschwingen, geht schon daraus hervor, daß die Hebammen in manchen Gegenden genötigt sind, sich bis zu 10 Prozent der Fälle die Gebühren von der Armenkasse auszahlen zu lassen.

Die Kosten, die einer Kasse durch die Übernahme der Hebammengebühren entstehen, sind keineswegs unerschwinglich. Die Statistiken der Krankenversicherung ergeben, daß durchschnittlich die Frauen rund ein Drittel der Gesamtmitgliederzahl der Krankenkassen bilden. Von 100 weiblichen Mitgliedern einer Krankenkasse werden durchschnittlich jährlich 8 bis 9 entbunden. Bei normalen Verhältnissen wird also eine Kasse von 6000 Mitgliedern etwa 2000 weibliche Mitglieder aufweisen, und die Zahl der Entbindungsfälle wird jährlich zirka 180 betragen. Rechnet man etwa 12 Mk. für den Fall, so ergibt das für eine solche Kasse erst eine Ausgabe von zirka 2160 Mk. pro Jahr. Es ist das ein

Betrag, der leicht aufzubringen ist. Es ist den Kassen unbenommen, die Hebammendienste durch bestimmte Hebammen leisten zu lassen, also solche nach Art der Kassenärzte selbst anzustellen. Dadurch würden sich die einer Kasse erwachsenden Aufwendungen vielleicht noch herabmindern lassen. Für größere Kassen ist der Weg jedenfalls gangbar.

Die Kassenvorstände sollten nicht müde werden, die Kassenleistungen immer mehr zum Segen der Versicherten auszubauen. Sie werden dieser Pflicht um so einfluchtvoller und energischer nachkommen, je öfter sie von den Versicherten selbst darauf hingewiesen werden. Die Frauen müssen die ihnen in der Krankenversicherung zustehenden Rechte ausnützen, um die Verwaltungen in der Richtung eines besseren Mutterschaftsschutzes vorwärts zu treiben. Darum Hand ans Werk, Genossinnen, um euren Forderungen entsprechend auch in dieser Hinsicht praktische Arbeit zu leisten.

Fr. Kleis-Burgen

Frauenstimmrecht.*

I. Allgemeines und gleiches Wahlrecht.

Der Ausdruck „Allgemeines und gleiches Wahlrecht“ wird in der mißbräuchlichsten Weise angewandt. Wenn wir in die Nachschlagelbücher blicken, so finden wir dort berichtet, daß das allgemeine Wahlrecht unter anderem besteht bei den Wahlen zum deutschen Reichstag, bei den Wahlen zum Landtag in Baden, in Bayern, in Oldenburg, in Sachsen-Meiningen, in Anhalt, in Württemberg, dann zur Wahl eines größeren Teiles der Abgeordneten in Schaumburg-Lippe, in Sachsen-Weimar; daß es im Ausland die Grundlage des Wahlrechts bildet in Frankreich, in der Schweiz und in Norwegen, dann mit gewissen Beschränkungen in Belgien, ferner in Spanien, Griechenland, der Argentinischen Republik, den übrigen amerikanischen Republiken, wobei zu bemerken ist, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Brasilien gewisse Ausnahmen, wie der des Ausschlusses der Analphabeten usw., vorliegen. In Österreich hat der Kampf des Proletariats die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes gesichert. Nahezu allgemeines Wahlrecht besitzen England, Dänemark, die Niederlande, Sachsen-Koburg-Gotha, die beiden Schwarzburg und die beiden Neupf.

Das Wahlrecht, wie es in all diesen Ländern besteht, enthält eine Reihe von Beschränkungen, so zum Beispiel einen Ausschluß der Personen, die nicht im vollen Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind, gegen die das Konkursverfahren eröffnet ist, die wegen geistiger Mängel unter Vormundschaft stehen, die Armenunterstützung beziehen und dergleichen. Die Gesetzgebung einzelner Länder kennt auch noch den Ausschluß der Analphabeten (des Schreibens und Lesens Unkundiger), der Geistlichen, der Soldaten, der Neger usw. von dem Wahlrecht. Aber keine einzige dieser Gesetzgebungen hält es für notwendig, ausdrücklich zu erklären, daß mehr wie die Hälfte der erwachsenen Personen, auf die vorstehende Ausnahmen nicht zutreffen, vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Es wird einfach als selbstverständlich betrachtet, daß bloß das männliche Geschlecht bei der Behandlung öffentlicher Angelegenheiten mitsprechen, über den Inhalt der Gesetze, über die Art und Höhe der Steuer usw. zu beschließen habe, daß der weibliche Teil der Bevölkerung sich dem Beschlossenen einfach fügen müsse. Aus dieser allgemein herrschenden Anschauung ergab sich dann weiter, daß in manchen Ländern ein relativ freies Vereins- und Versammlungsrecht für die Männer besteht und ein auf äußerste verknüppeltes, wertloses für das weibliche Geschlecht. Es hieß eine Geschichte der sozialen Beziehungen der beiden Geschlechter schreiben, wollte man die Ursachen des Mißverhältnisses zwischen dem Rechte des einen und der Rechtlosigkeit des anderen aufdecken. Dies kann aber nicht im Rahmen dieser Ausführungen geschehen, es muß genügen, darauf hinzuweisen, daß die politische Rechtlosigkeit der Frau eines der interessantesten Probleme der Menschheitsgeschichte ist. Wir wollen hier nur zeigen, wann das Frauenstimmrecht im Laufe der neueren Geschichte aufgetaucht ist, und welche Ausdehnung es in der Gegenwart errungen hat. Bevor wir aber diese Darlegungen beginnen, sei auf eine merkwürdige Erscheinung hingewiesen, die im schärfsten Gegensatz steht zu der politischen Rechtlosigkeit der Frau, auf die Tatsache, daß in einer Reihe von Monarchien schon vor vielen Jahrhunderten, auch zur Zeit des starrsten Absolutismus, der Frau das Erbsolgerrecht auf den Thron eingeräumt wurde, also auf die höchste, verantwortungsvollste Beamtung. Diese Tatsache steht im schärfsten Widerspruch zur politischen Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechtes. In Spanien, Portugal, England und Holland ist das Recht der Frauen an der Thronfolge nur wenig beschränkt, außerdem besteht es in Österreich, Rußland und Griechenland beim Fehlen männlicher Erben im regierenden Hause. Welche Machtfälle in den Händen von Frauen gelegen hat, lehrt schon der Hinweis auf Namen, wie Maria und Elisabeth von England, die beiden so verschieden gearteten Töchter Heinrichs VIII.; auf Maria Theresia von Österreich, die vielleicht die hervorragendste Gestalt im Hause der Habsburger

* Im Jahrgang 1902 der „Gleichheit“ begannen wir die Veröffentlichung einer Artikelserie über das Frauenstimmrecht, die infolge des Zusammenstehens verschiedener Umstände nicht zu Ende geführt werden konnte. Die Tagesordnung der bevorstehenden Frauenkonferenz läßt uns geboten erscheinen, einen möglichst vollständigen Überblick über den Stand des Frauenstimmrechtes in den verschiedenen Ländern zu geben. Da sich aber unser Leserkreis inzwischen bedeutend vergrößert hat, setzen wir die Artikelserie nicht bloß fort, sondern veröffentlichen nochmals die bereits früher erschienenen Abschnitte derselben. Selbstverständlich sind in ihnen die Siege nachgetragen worden, welche das Frauenstimmrecht seither in einigen Ländern errungen hat.

war, auf Katharina II. von Rußland, die bei allen ihren Fehlern eine der glänzendsten Gestalten in der Reihe der russischen Herrscher gewesen ist. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß unter den Frauen, die Kronen getragen haben, lange nicht so viel Mittelmaßigkeiten und unbedeutende Gestalten vorhanden waren, als unter den männlichen Vertretern des Gottesgnadentums.

II. Die Entwicklung des Frauenstimmrechtes.*

A. Frankreich.

Als die Neu-Englandstaaten sich vom Mutterland in zähen Kämpfen befreiten, als sich die neuen Vereinigten Staaten von Amerika eine Verfassung gaben, deren freiheitliche Grundsätze eine Insel im Ozean des Absolutismus bildeten, da war wenigstens einer der 13 Staaten so konsequent, auch das Frauenstimmrecht einzuführen. Der Staat New Jersey hatte im Jahre 1776 den Frauen das Stimmrecht verfassungsmäßig zuerkannt. Das Frauenwahlrecht bestand aber dort bloß bis zum Jahre 1807.

Der sehr bedeutende Einfluß, den die Vereinigten Staaten auf die Revolution der Weister ausgeübt haben, die der großen französischen Revolution vorangegangen ist, äußert sich auch in der Frage des Frauenstimmrechtes. Der berühmte französische Nationalökonom und Politiker Condorcet vertrat im Jahre 1787 in seinen „Briefen eines Bürgers von New Haven an einen Bürger von Virginien“ das Frauenstimmrecht. Aber in der französischen Revolution spielte diese Frage eine sehr wenig beachtete Rolle. Wohl erschienen 1789 mehrere Flugblätter, welche die Zulassung der Frauen zu den Nationalständen forderten und gegen eine Nationalversammlung protestierten, von der die Hälfte der Nation ausgeschlossen wäre. Wohl wurde bei den Instruktionen, welche die Abgeordneten von den Wahlkörperschaften zu den Generalstaaten von 1789 erhielten, in ganz wenigen Fällen auch die Verleihung der politischen Rechte an die Frauen verlangt. Wohl erschien in jener Zeit eine Schrift der Olympe de Gouges, welche die Forderung der Frauen an die Nationalversammlung formulierte, die Ergänzung der Déclaration des droits de l'homme, der Grundrechte der französischen Bürger. Hier hieß es: „Die Frau ist frei geboren, sie soll gleichen Rechte sein, wie der Mann, das Prinzip der Souveränität ist in der Nation verkörpert, die die Vereinigung von Mann und Frau ist. . . Das Gesetz soll das gleiche sein für alle. Alle Bürgerinnen und alle Bürger sind gleich, sie sollen das gleiche Anrecht haben zu allen Würden, Stellen und öffentlichen Ämtern, lediglich nach ihren Fähigkeiten, unter ausschließlicher Berücksichtigung ihrer Tugenden und ihrer Talente. . . Die Frau hat das Recht, das Schafott zu besteigen, sie soll in gleicher Weise das Recht haben, auf die Tribüne zu steigen.“ Aber diese Worte verhallten im Lärme der inneren Kämpfe und der äußeren Kriege. Die konstituierende Versammlung beschränkte sich auf die schönen Worte, daß sie die Verfassung in den Schutz der Frauen und der Mutter stelle, und kümmerte sich nicht weiter um deren Rechtllosigkeit. Nur bei einer Gelegenheit zuerkannte der Konvent auch den Frauen das Stimmrecht. Bei den Versammlungen der Einwohner der Landgemeinden, welche laut Beschluß vom 10./11. Juni 1793 über Aufteilung, Verkauf, Verpachtung oder gemeinsame Benützung der Gemeindeflächen beraten sollten, waren alle Einwohner ohne Unterschied des Geschlechtes stimmberechtigt, die Anteil an dem gemeinschaftlichen Besitz hatten und 21 Jahre zählten. Aber dieser eine Fall wiederholte sich nicht.

Erst die utopistischen Sozialisten, die Schulen Saint-Simons und Fouriers, lenkten mit Entschiedenheit die Aufmerksamkeit auf die Rechte der Frauen. Der aus sozialistischer Schule hervorgegangene Viktor Considérant beantragte im Jahre 1848 in der Verfassungskommission, daß die politischen Rechte der Frauen verfassungsmäßig festgelegt würden. Dieser Antrag blieb ebenso wirkungslos wie mehrere Petitionen von Frauen und wie später ein ähnlicher, den der Sozialist Pierre Leroux im Jahre 1851 einbrachte. Erst unter der dritten Republik tauchte die Frage des Frauenstimmrechtes wieder auf, abermals von dem Sozialismus in die öffentliche Diskussion geworfen und bald auch von Frauen vertreten. Im Jahre 1882 richtete eine Gruppe von Frauen an die französische Deputiertenkammer eine Petition um Zuerkennung des Stimmrechtes für das weibliche Geschlecht. Nachdem der Berichterstatter, der nachher als Kriegsminister zu sehr zweifelhafter Berühmtheit gelangene Cavaignac, erklärt hatte, daß diese Frage noch nicht spruchreif sei, ging die Kammer über die Eingabe zur Tagesordnung über. Auch eine Reihe weiterer Petitionen dieser Art blieben erfolglos. Hierauf wurde ein ähnliches Verfahren versucht, wie es von den Frauenrechtlerinnen in England angewandt worden ist, und wie es von ganz vereinzelt Frauenrechtlerinnen für die deutschen Gewerbegerichtsämter empfohlen wurde. Einige Frauen verlangten in die Wählerlisten eingetragen zu werden, mit Berufung darauf, daß ihre Namen in den Steuerlisten stünden. Mehrmals wurde dieser Versuch zur Eroberung des Stimmrechtes wiederholt. Gegen die immer wiederkehrenden Ablehnungen wurden alle In-

stanzen angerufen, und zweimal erklärte der Kassationshof, der oberste Gerichtshof, daß die erhobene Forderung im Widerspruch zu den Gesetzen stünde.

So wurde die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes in Frankreich von den Sozialisten, von Frauenrechtlerinnen und ganz vereinzelt auch von bürgerlichen Politikern gefordert, ohne daß jedoch bisher ein bemerkenswerter Erfolg erzielt worden wäre. Einen kleinen Fortschritt brachte das Gesetz vom 27. Februar 1880. Durch dasselbe wird ein Wahlkörper geschaffen, dem Schulvorsteherinnen, Oberinspektorinnen, Inspektorinnen der Ayle angehören. Dieser Wahlkörper hat sich mit dem Volksschulwesen zu befassen. Ein weiteres Gesetz vom 23. Januar 1898 gewährt den Handel treibenden Frauen das Recht, an den Wahlen der Handelsgerichte teilzunehmen. Ferner nahm die Kammer im Jahre 1900 ein Gesetz an, welches die Gewerbegerichte reformiert und zusammen mit anderen Verbesserungen auch den Frauen das aktive und passive Wahlrecht zu dieser Körperschaft verleiht. Erst im März 1904 nahm der Senat den Entwurf an, nachdem er jedoch daraus das Recht der Frauen gestrichen hatte, als Gewerbebericht gewährt zu werden. Wir konnten leider nicht feststellen, ob sich die Hoffnungen der französischen Frauenrechtlerinnen erfüllt haben, daß die Kammer die einschlägige Bestimmung wieder herstellen und der Senat ihr bei abermaliger Beratung seine Zustimmung geben würde. Auf Grund eines alten Wohnrechtsrechtes in manchen französischen Gemeinden — ländlichen und städtischen — sind alle steuerzahlenden Frauen stimmberechtigt bei einer Art Referendum, mittels dessen die Gemeindevorstände wichtige Fragen zur Entscheidung bringen. Es fehlt nicht an Beispielen, daß die Frauen dieses Stimmrecht bis in die neueste Zeit hinaus ausgeübt haben, und zwar auch in großen Gemeinden, so in Bordeaux und Marseille. Im Jahre 1878 lag der französischen Kammer ein Antrag vor, dieses alte Wohnrechtsrecht in ein gesetzlich festgelegtes Recht zu verwandeln, gleichzeitig aber den Frauen das Stimmrecht bei dem Referendum abzuerkennen. Für das Recht der Frauen traten nur wenige Abgeordnete, vor allem aber die Sozialisten ein. Der Antrag erlangte nicht Gesetzeskraft, so daß also in Gemeinden die steuerzahlenden Frauen noch bei einem Referendum ihre Stimme abgeben können. („Gleichheit“ Nr. 18 und 19, 1898.) Wie in dieser Zeitschrift wiederholt berichtet wurde, treten in neuerer Zeit in den Merikalen Kreisen Strömungen zugunsten des Frauenstimmrechtes auf, die immer kräftiger werden und immer größere Kreise erfassen. Ihre treibende Kraft ist nicht die Einsicht in den geschichtlichen Entwicklungsprozess und Gerechtigkeitsgefühl dem weiblichen Geschlecht gegenüber, sondern der Wunsch, die weiblichen Wähler als eine Schutztruppe des Merkantilismus, der Kirche gegen die fortschrittlichen Elemente auszuspielen. a. br.

Lohn- und Arbeitsbedingungen der Tabakarbeiterinnen in Elbing.

Die Weltfirma Wolf & Böffer läßt ihre Zigarrenfabrikate meist in Gegenden herstellen, wo billige und willige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Westpreußen ist ein Feld, wo sie ihrer Ausbeutungsgier die Zügel schießen lassen kann.

In Elbing sind zirka 3000 Arbeiterinnen, verheiratete Frauen und junge, kaum der Schule entwachsene Mädchen, in der stolzen Fronburg dieser Firma tätig. Zur höheren Ehre des Geldsacks schufen sie hier für wahre Wettelepfennige. Alle Arbeiterinnen, junge und alte, werden von der Firma angeleitet. Ihre Lehrzeit dauert 2 1/2 Jahre. Während derselben erhalten die Wickelmacherinnen pro 100 Stück 17 Pf., die Kollerinnen pro 100 Stück 35 Pf. Nach beendeter Lehrzeit steigt der Lohn der ersteren auf 34 Pf., der letzteren auf 70 Pf. Im Betrieb besteht eine sehr eigenartige Einrichtung. Die Wickelmacherinnen müssen pro 100 Stück drei Wickel, die Kollerinnen pro 100 Stück eine Zigarre ohne Bezahlung anfertigen. Bei dem geringsten Fehler an einer Zigarre wird diese nicht in Berechnung gestellt. Es ist vorgekommen, daß einer Arbeiterin 40 Zigarren an einem Tage beanstandet worden sind. Die bemängelten Zigarren werden etwas billiger verkauft, so daß der Firma kein Schaden durch die Verarbeitung des Materials erwächst. Die Arbeiterinnen erhalten jedoch keinen Pfennig für ihre aufgewendete Zeit und Mühe. Die gekennzeichnete Praxis steigert die Not der Arbeiterinnen. Bei dem Durchschnittsverdienst der Kollerinnen von 8 bis 9 Mk., der Wickelmacherinnen von 7 bis 8 Mk. wöchentlich macht jeder Abzug sich bemerkbar. Für Zigarren, die „zu schwer“ geraten, das heißt, in welche mehr Tabak als nötig hineingearbeitet wird, erfolgt ebenfalls keine Bezahlung, obgleich auch diese Zigarren von der Firma verkauft werden. Für zu viel verbrauchtes Deckblatt werden obendrein Strafen erhoben. Wohin diese Gelder kommen, weiß niemand. Aber es gibt auch Prämien, und zwar für die Arbeiterinnen, welche recht wenig Deckblatt verbrauchen. Die Kollerinnen erhalten für ihre Sparsamkeit pro 1000 Zigarren 10 Pf., die Wickelmacherinnen 8 Pf. Das Abrippen des Tabaks wird in Elbing als Hausindustrie betrieben. Erwachsene und Kinder schädigen bei dieser ungesunden Beschäftigung für geringen Lohn ihre Gesundheit.

Der Arbeiterausschuß, welcher sich aus Arbeiterinnen aller Sonderabteilungen des Betriebs zusammensetzt, lebt mit der Direktrice im besten Einverständnis. Die Arbeiterinnen behaupten, daß zu dieser Vertretung nur berufen und auswählt sei, wer am besten „ja — ja“ sagen könne, wodurch sich auch das gute Einvernehmen mit der Direktrice erkläre. Von der Entlohnung abgesehen, haben auch sonst

die Arbeiterinnen genug Grund zu Beschwerden. Es ist wohl ein Speiseraum vorhanden, allein er reicht bei weitem nicht für alle Arbeiterinnen aus. Das Frühstück wird in der Folge bei der Arbeit eingenommen. Die Firma hat eine Küche eingerichtet und eine eigene Köchin dafür angestellt. Für 20 Pf. erhalten die Arbeiterinnen ein Mittagessen, für 15 Pf. Kaffee für die ganze Woche. Die Beschaffenheit der verabfolgten Nahrungsmittel spottet aber meist auch den bescheidensten Anforderungen. Dazu werden diese den Arbeiterinnen obendrein oft genug durch Unreinlichkeit verulelt. Schwaben und andere niedliche Tierchen sollen häufig in dem Kaffee schwimmen.

Bei dem jämmerlichen Verdienst der Arbeiterinnen liegt es auf der Hand, daß sie sich jedes Vergnügen, jedes Kleidungsstück abhungern müssen. Und doch sind diese Ausgebeuteten nicht für die Organisation zu gewinnen. Wohl begreifen sie ihre entsetzliche Lage, doch die Hoffnungslosigkeit hat sich derart in ihrer Brust eingenistet, daß sie nicht an eine Besserung derselben zu glauben wagen. Der Direktion ist diese dumpfe Ergebung in ein elendes Los äußerst angenehm, sie sichert ihr willige und billige Arbeitskräfte, mit denen sie noch gelegentlich in der Öffentlichkeit prunkt. Beim Besuch des Kaisers im vorigen Jahre mußten zum Beispiel die Arbeiterinnen als Muster der Anspruchslosigkeit im schwarzen Kleide, mit weißer Schürze und Häubchen Anlässe bilden. Diefelbe Firma, die bei allen möglichen Anlässen mit Strafen und Abzügen bei der Hand ist, bezahlte die bei dieser Schauvorstellung verlorene Zeit.

Die Elbinger Tabakarbeiterinnen sollten endlich die Notwendigkeit erkennen, sich gegen das Elend zu wehren, dem sie dank der Ausbeutung preisgegeben sind. Statt sich zu Paradeduppen herzugeben, müßten sie sich in einer Kampfsorganisation für ihre Interessen zusammenschließen. In ihr würden sie den Mut und auch die Kraft gewinnen, sich bessere Lebensverhältnisse zu schaffen. Eine solche Organisation ist der Deutsche Tabakarbeiterverband. Ihm müssen sich die Tabakarbeiterinnen von Elbing wie auch von Danzig — die ebenfalls dringend würdigerer Arbeitsbedingungen bedürfen — bis zur letzten anschließen. Der Anschluß an den Verband ist eine Bürgschaft für bessere Tage. W. Kähler.

Vom sechsten Kongreß der christlichen Gewerkschaften.

Viel Staffage und ein prunkvoller offizieller Aufputz, bedeutend weniger an innerem Gehalt und nutzbringender Arbeit, das charakterisiert den letzten christlichen Gewerkschaftskongreß, der am 23. und 24. Juli in Breslau getagt hat. Die deutschen Arbeiter sind gerade nicht gewöhnt, von der Bureaucratie des Kapitalistenstaats belächelt und begünstigt zu werden. Dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften wurden aber Höflichkeiten und Begünstigungen in reichem Maße zuteil. Wer gab sich nicht alles „die Ehre“, in höchst eigener Person dem Kongreß beizuwohnen oder sich auf ihm vertreten zu lassen! Regierungsräte, simple Räte, Stadträte usw. waren als Vertreter für den Oberpräsidenten, den Regierungspräsidenten, den Polizeipräsidenten, für Oberbürgermeister und Magistrat, für das Konsistorium usw. erschienen und begrüßten die 71 Delegierten, die laut Angabe 245 000 Arbeiter vertraten. Anwesend war selbstverständlich auch der unvermeidliche Professor Sombart, der an jeder Straßenecke des sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Lebens sich bemüht, dem Klassenkampf den Stachel auszuziehen und den ungeschlachteten Hünen des kämpfenden Proletariats in einen salongemäß frisierten, ethisch parfümierten Reformparvenu zu verwandeln. Den Clou des offiziellen Schaupränges bildete aber die Rede eines leidenschaftlichen Regierungspräsidenten, des Grafen von Jedlich-Trübscher. Er feierte die Pflicht der Verwaltungsbeamten, „die lebendigen Strömungen in unserem Volksleben selbst kennen zu lernen“, eine Pflicht, die gerade in Breslau durch die brutalste behördliche Drangsalierung und Niederbützelung gewerkschaftlich organisierter Arbeiter die schönste Illustration erhalten hat.

Die Reverenzen, welche staatliche, städtische und kirchliche Behörden den christlichen Gewerkschaften erwiesen, stehen im schärfsten Gegensatz zu der Haltung, welche die Vertreter des Klassenstaats und der Kirche gegenüber den Tagungen der freien Gewerkschaften belunden. Es sei in dieser Beziehung nur an den Gewerkschaftskongreß zu Stuttgart erinnert, auf dessen Tagesordnung Fragen standen, welche Staats- und Regierungsmänner geradezu herausfordern mußten, die „lebendigen Strömungen in Volksleben kennen zu lernen“. Der Gewerkschaftskongreß zu Stuttgart verhandelte unter anderem über die Hausindustrie, die Arbeitslosenstatistik und Arbeitslosenversicherung, das Koalitionsrecht der Eisenbahner, die Anwendung des Erpressungsparagraphen gegen die Gewerkschaften, den Zolltarif, das Submissionswesen usw. Wir konstatieren, daß die Vertreter des Klassenstaats den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern verschiedener Richtungen mit zweierlei Maß und Gewicht messen, wir bedauern es nicht etwa. Es ist im Wesen der kapitalistischen Ordnung begründet, und die freien Gewerkschaften sind dabei prächtig gediehen.

Den hohen und höchsten Freunden der christlichen Gewerkschaften ist es denn auch um nichts weniger zu tun, als die ausgebeuteten Massen in ihrem Kampfe gegen das ausbeutende Kapital tatsächlich zu unterstützen. Umgekehrt, durch ihr wohlwollendes Ciapopeia wähen sie den „greinenden Limmel“ der „begehrlich“ werdenden Arbeiter einzulullen. Es treibt sie im besonderen die Hoffnung — das leuchtete aus allen offiziellen Ansprachen bis zu der des Herrn Sombart hervor —, daß die christlichen Gewerkschaften sich viel-

* Quellen: Ostrogorski, „Die Frau im öffentlichen Rechte.“ Leipzig 1897. — Billel, Edmond, Législation électorale comparée des principaux pays d'Europe. Paris 1900. — Pierstorff, Jul., Frauenarbeit und Frauenfrage im III. Bande der 2. Auflage des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften. Jena 1900. — Mejer, Georg, Das parlamentarische Wahlrecht. Berlin 1901. — Handbuch der Frauenbewegung, herausgegeben von Helene Lange und Gertraud Bäumer. Berlin 1901. — Der internationale Frauenkongreß in Berlin 1904. Bericht mit ausgewählten Referaten. Berlin, Karl Habel. — Die „Gleichheit“, alle Jahrgänge.

leicht doch noch zu der Aufgabe berufen fühlen, welche die Unternehmerverbände im Kampfe gegen die freien Gewerkschaften und der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie so ruhmvoll zu lösen sich bestreben. Alle schönen Freundschaftsversicherungen zerplatzen wie Seifenblasen, sobald die christlichen Gewerkschaften den Versuch machen, die Interessen der Arbeiter ernstlich zu vertreten. Gerade auf dem Kongress der christlichen Gewerkschaften wurde gar manche bewegliche Klage darüber geführt. So wurde zum Beispiel ein von den „Christlichen“ angestellter italienischer Journalist einem „Schmorrer und Verschwörer“ gleich als „lästiger Ausländer“ ausgewiesen, weil er sich unterfing, die zahlreichen italienischen Arbeiter aufzuklären und zu organisieren, welche das waschecht patriotische Unternehmertum zu Tausenden anwirbt, um sie den „teuren“ deutschen Volksgenossen als Schmutzkonkurrenten in den Rücken zu treiben.

Aus den Verhandlungen des Kongresses ging aber noch ein anderes hervor, nämlich: daß die christlichen Gewerkschaften auch von den bürgerlichen politischen Parteien genarrt werden. Zentrum und andere christliche Parteien entschädigen durch ihre gottseligen Sonntagnachmittagspredigten nicht für die Lasten und Leiden, die sie durch den Brotwucher und durch die Bewilligungsfreudigkeit, mit der sie Millionen in den Machen des Militarismus werfen, über die Arbeiter und Arbeiterinnen verhängen, von anderem Verrat ihrerseits an den Arbeiterinteressen zu schweigen. Daß unter den christlichen Arbeitern die Erkenntnis für diesen Stand der Dinge aufdämmert, erwiesen die Kongressverhandlungen. Die Losung, es müsse eine „christlich-nationale politische Arbeiterpartei“ gegründet werden, die von Wiesberts und anderen begründet wurde, fand ein lebhaftes Echo. Die christlichen Arbeiter beginnen offensichtlich sich zu der Erkenntnis durchzuringen, daß keine bürgerliche Partei mit Ernst und Eifer proletarische Interessen vertreten könne. Aber noch schlägt der künstlich genährte, religiöse Fanatismus ihre Augen mit Blindheit für die Tatsache, daß konsequente und treue Arbeiterpolitik nur sozialdemokratische Politik sein kann und sein muß.

Auch unter den „Christlichen“ Arbeitern muß die Macht der religiösen Empfindungen allmählich der Gewalt der realen Verhältnisse weichen. Schon erwacht, ein bemerkenswertes Anzeichen, das Verständnis dafür, daß die konfessionellen Zersplitterungen und Gegensätze die Gewerkschaftsbewegung schädigen. Von verschiedenen Seiten wurde mit großer Energie gegen besondere katholische Fachabteilungen angelämpft, in der ganz richtigen Würdigung, daß die Proletarier, die vom Unternehmer ohne Rücksicht auf ihre Konfession ausgebeutet werden, auch im Kampf für eine menschenwürdige Existenz ohne Unterschied der Konfession zusammengehören. Was für den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter gilt, das trifft aber auch für ihre politische Betätigung zu. Auch hier geht die Klassenolidarität über den Konfessions- und Religionsunterschied.

Der Kongress hat sich auch mit der Agitation unter den Arbeiterinnen beschäftigt. Aber die Frage referierten Nöbling-Düffelsoff und Fräulein Behm-Berlin, eine der Führerinnen des christlichen Heimarbeiterinnenvereins. Fräulein Behm führte zu der Frage aus, die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen sei eine der dringendsten und schwierigsten Aufgaben. Es seien daher alle Wege zu beschreiten, die diesem Ziele näher führen, soweit sie nicht die Eigenart und Selbständigkeit der Frauen beeinträchtigen. Der erfolgversprechendste Weg sei die Hausagitation, das Werben von Person zu Person. Auch die Betriebs- und Werkstättenagitation sei empfehlenswert. In Betrieben mit gemischter Arbeiterkraft müsse ein erfahrener Arbeiter sie leiten, in Betrieben mit rein weiblicher Arbeiterkraft eine ältere erfahrene Arbeiterin. Als Vorstufe für die gewerkschaftliche Organisation aller Arbeiterinnen, besonders aber der jugendlichen, empfehle sie ihre Sammlung in konfessionellen Arbeiterinnenvereinen unter der Mithilfe von Frauen anderer Stände. Diese konfessionellen Arbeiterinnenvereine sollen die Arbeiterinnen nicht nur sittlich-religiös fördern, sondern sie auch über die Entwicklung des deutschen Arbeiterstandes, seine Vertreter in den drei verschiedenen Organisationsrichtungen aufklären und zur Wahrung ihrer Berufsinteressen zum Eintritt in die christliche Gewerkschaftsbewegung reif machen. Diese Ausführungen wie die an anderer Stelle abgedruckte Resolution zur Frage zeigen deutlich ein: Was die Methoden zur gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen anbetrifft, so haben es die „Christlichen“ den freien Gewerkschaften abgeguckt, wie sie sich räusperten und wie sie spuckten. Aber natürlich legen sie einen anderen Geist in diese Methoden hinein: den Geist pfäffischer Demut vor dem Kapital. In erster Linie ist es ihnen um die Forderung des „Seelenheils“ der Arbeiterinnen zu tun, so wie Unternehmertum und Geisteslichkeit es verstehen. Erst daneben kommt die Vertretung der irdischen Interessen in Betracht, von denen mit dem Leib zusammen doch auch die arme Seele der Proletarierin abhängig ist. Die Vertretung der irdischen Interessen erfolgt aber dem Kapital gegenüber nach dem schönen Grundfah: Wasche den Pelz, doch mache ihn nicht naß.“ Daher auch die ungeschichtliche Rederei von einem „Arbeiterstand“, statt einer Arbeiterklasse und der Wunsch, daß die Frauen anderer Stände als Führerinnen huldvoll zu den Arbeiterinnen herabsteigen möchten. Der Kongress setzte sich in Widerspruch zu sich selbst, wenn er die konfessionellen Arbeiterinnenvereine empfahl, nachdem er die katholischen Fachabteilungen verurteilt hatte, aber die Konsequenz war eben in allen Fragen seine schwächste Seite und muß die schwächste Seite einer christlichen Gewerkschaftsbewegung bleiben, die religiöse Meinungen und Gegensätze im Proletariat über den Klassen-

gegenfah von Ausbeutern und Ausgebeuteten stellt. Wir glauben übrigens, daß die christlichen Gewerkschaften ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. Den deutschen Arbeiterinnen wird es im allgemeinen nicht danach gelüsten, Jungfrauen- und Parochialvereine wie Sonntagschulen und ähnliche Harmoniekränzen zu füllen. Dazu ist ihr geistiges Leben bereits zu rege geworden, die Erkenntnis ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen zu stark. Sie lernen immer mehr, daß ihr Platz in den freien Gewerkschaften und in der Sozialdemokratie ist, wo sie als gleichberechtigt und gleichverpflichtet selbst kräftig Hand ans Werk ihrer Befreiung legen.

Die neuerdings in Fluß gekommene moderne Dienstbotenbewegung, welche tausenderlei Ängste in den gut bürgerlichen Gemütern erregt hat, veranlaßte den Kongress, sich auch mit der Dienstbotenfrage zu beschäftigen. Die Gründung von Dienstmädchenorganisationen wurde empfohlen. Auch damit hinkte er schmählich hinter den freien Gewerkschaften und der proletarischen Frauenbewegung her. Der Kongress beschloß noch, der Ausbildung von Paritätische Arbeitsnachweise zu errichten usw. Er erhob die Forderung eines freierlicheren Vereins- und Versammlungsrechtes, das den Frauen die Beteiligung an gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Bestrebungen ermöglicht. Wie man sieht, konnte er sich auch in dieser Beziehung nicht zu einer ganzen Forderung aufschwingen.

Die christlichen Gewerkschaften sind durch den Wunsch aus der Taufe gehoben worden, den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie entgegenzuarbeiten und das Proletariat mit der kapitalistischen Ordnung durch Almosen und geringfügige Konzessionen zu versöhnen. Aber je mehr sie durch die Massen ihrer Anhänger gezwungen werden, wirklich proletarische Interessen zu vertreten, um so mehr müssen sie auch in Gegensatz geraten zu der kapitalistischen Ordnung und allem, was sie stützt. Proletarische Interessen können standhaft und treu nur auf dem Boden des Klassenkampfes durchgesetzt werden. Den Führern und Förderern der christlichen Gewerkschaftsbewegung muß es schließlich gehen wie Goethes Hexenmeister: Die Geister, die sie riefen, werden sie nicht los. Auf Umwegen über Rom und Wittenberg führt die christliche Gewerkschaftsagitation schließlich doch ins Lager des Klassenbewußten Proletariats. #

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Im letzten Halbjahr hielt die Unterzeichnete Versammlungen ab, die teils den Gewerkschaften weibliche Mitglieder gewinnen, teils der proletarischen Frauenbewegung neue Anhängerinnen zuführen sollten. Die Agitation begann mit zirka 20 Versammlungen für den Textilarbeiterverband in Württemberg. Ihr Besuch entsprach im allgemeinen nicht der Lehre, welche die herrschenden schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse predigen. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß in der Württemberger Textilindustrie Tausende von Arbeitskräften auf dem Lande wohnen, dort noch ein Häuschen, Acker und Wiese besitzen, und deshalb die Not nicht in dem Maße empfinden wie die Arbeiter, die ausschließlich von ihrem Lohnerwerb leben müssen. Der Indifferentismus dieser halb bäuerlichen Proletarier ist ein schweres Hindernis für die Bestrebungen der städtischen Arbeiter, ihre Lage zu verbessern. Die ersten besuchten kaum Versammlungen, und es hält daher schwer, sie für die Organisation zu gewinnen. Aber auch ihre Eingeschlossenheit muß allmählich der Aufklärung weichen, welche die Erfahrung des Lebens wie die Agitation bringt. — Gegen 40 Versammlungen, ebenfalls für den Textilarbeiterverband, fanden in der Oberlausitz statt, wo nur mit industrieller Bevölkerung zu rechnen ist. Die Versammlungen waren mit einigen Ausnahmen sehr gut besucht und führten dem Verband eine Anzahl neuer Mitglieder zu. — Im Auftrag des Geschäftsführers des Verbandes der nicht-gewerblichen Arbeiter, Genossen Hämel, referierte die Unterzeichnete in mehreren Versammlungen in München und Umgegend, die ebenfalls einen guten Erfolg hatten. Schließlich wurden dank der Initiative des bayerischen Baubeamten des Textilarbeiterverbandes eine Reihe von Versammlungen im Allgäu abgehalten. Im Allgäu hat die moderne Arbeiterbewegung in der letzten Zeit erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen, aber trotzdem ist doch noch ein großes Brachfeld zu bearbeiten. Außer den erwähnten Agitationstouren fanden noch einzelne Gewerkschaftsversammlungen statt, und zwar in München bei den Tapezierern, Maurern, Malern und Chemigraphen. Die Veranstaltungen der ersten drei Berufsorganisationen hatten den Zweck, die Frauen der Arbeiter von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen, damit sie ihre Männer nicht hindern, sondern antreiben, der Gewerkschaft anzugehören und für dieselbe zu arbeiten. Zu demselben Zwecke sprach die Unterzeichnete bei den Steinarbeitern in Kiefersfelden. Es ist zu begrüßen, daß in allen diesen Versammlungen viele Frauen anwesend waren, von denen manch eine sagte: „Jetzt schimpf ich aber nicht mehr auf den Verband“, jedenfalls ein guter Erfolg. Auch in Ansbach, Göppingen, Göppingen fanden Gewerkschaftsversammlungen statt. — Um die Frauen politisch aufzuklären und für die proletarische Frauenbewegung zu gewinnen, veranstalteten die Genossen Versammlungen in Penzberg, Rempten, Ingolstadt, Kirchseeon, Traunstein, Lechhausen, Lindau, Reichenhall und Starnberg. Das Thema lautete: „Warum müssen sich die Frauen am öffentlichen Leben beteiligen?“ Manche der Versammlungen übertraf

bei weitem unsere Erwartungen. So die in Penzberg, wo sich unter 400 bis 450 Besuchern zirka 200 Frauen befanden und große Begeisterung herrschte. Einstimmig wurde Genossin Marie Richernil als Vertrauensperson gewählt. Die noch junge Genossin erfreut sich unter der Arbeiterchaft allgemeiner Achtung und Beliebtheit. Sie verdankt dieselbe hauptsächlich ihrem mutigen Auftreten bei einer Bewegung, die unter den Kohlenfortierinnen des Ortes ausbrach. Diese hatten sich des öfteren bei der Direktion durch den Arbeiterausschuß über schlechte Behandlung von seiten ihrer Vorgesetzten beklagt. Jedemal hieß es, die Arbeiterinnen sollten selbst kommen. Endlich riß ihnen die Geduld und sie gingen selbst zum Direktor. Da jedoch sein Bescheid durchaus nicht befriedigend ausfiel, so legten die Kohlenfortierinnen am 30. April die Arbeit nieder und forderten bessere Behandlung wie auch Lohn-erhöhung. Die Arbeiterinnen hielten treu zusammen, am 1. Mai kam keine einzige zur Arbeit. Daraufhin wurden ihre Forderungen bewilligt und erklärt, daß die Arbeiterinnen künftige Beschwerden der Direktion durch den Arbeiterausschuß unterbreiten sollten. Am 2. Mai wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Der kurze Kampf hat die Frauen in Penzberg aufgerüttelt und der Erfolg hat große Begeisterung hinterlassen. Die junge Bewegung des Ortes berechtigt zu den schönsten Hoffnungen. In der Versammlung wurden 57 Abonnentinnen für die „Gleichheit“ gewonnen und die Zahl ihrer Leserinnen ist seither noch bedeutend gestiegen. An der Versammlung in Traunstein nahmen 500 bis 600 Personen teil, darunter zirka 200 bis 250 Frauen. Zur Wahl einer Vertrauensperson kam es hier noch nicht, da zum erstenmal Frauen an einer Versammlung teilnahmen, doch versprachen die Besucherinnen bestimmt, zu weiteren Veranstaltungen zu kommen, auch fand die „Gleichheit“ eine hübsche Anzahl Abonnentinnen. Auch das Ergebnis in Lindau, Reichenhall, Kirchseeon und Starnberg war befriedigend. Wenn man berücksichtigt, daß in diesen Orten keine Industrie vorhanden ist, und daß die Frauen bis jetzt in keiner Weise zur Bewegung herangezogen wurden, so daß sie, von zwei bis drei Ausnahmen abgesehen, noch nie eine Versammlung besuchten, so muß es als Fortschritt ausgesprochen werden, daß wir recht zahlreiche Zuhörerinnen hatten, und in allen Versammlungen die „Gleichheit“ abonniert wurde. In Ingolstadt wurde Genossin Heß als Vertrauensperson gewählt, und die Genossen geben sich dort wie auch in Rempten große Mühe, die Frauenbewegung zu fördern. Einen schönen Fortschritt können wir von Lechhausen melden. Genossin Zeh ist zwar noch nicht öffentlich als Vertrauensperson gewählt, aber sie erfüllt bereits treulich die Aufgaben, die einer solchen obliegen, und versteht es ausgezeichnet, die Frauen zusammenzuhalten. Auch hier lassen die Genossen der jungen Frauenbewegung alle Förderung angeheihen. Wir zählen in der Folge bereits zirka 50 Genossinnen, die freiwillige Beiträge an die Partei leisten. Die proletarische Frauenbewegung hat nun auch in Südbayern Fuß gefaßt. Hoffentlich werden sich die neugewonnenen Anhängerinnen als tüchtige Mitstreiterinnen im Kampfe für Freiheit und Recht erweisen, hoffentlich werden überall die Genossen einsehen, wie wertvoll die Frauen als Kampfesgenossinnen sind. Marie Greifenberg.

Im Auftrag der Vertrauensperson der Genossinnen sprach die Unterzeichnete in mehreren Orten Vorderpommerns, um Aufklärung unter die Frauen zu tragen. Versammlungen fanden statt in Greifenhagen, Barth, Stralsund, Greifswald, Anklam, Lessen, Wolgast, Uckermünde, Torgelow, Bredow und Stettin. Das Thema lautete überall: „Warum müssen die Frauen am Kampfe der Männer teilnehmen?“ Trotz der herrschenden Hundstagshitze waren die Versammlungen recht gut besucht, und ihr greifbarer Erfolg war zufriedenstellend. Die Parteiorganisation gewann zirka 50 neue Mitglieder, dem „Volksboten“ wurden neue Abonnenten zugeführt, die „Gleichheit“ fand 180 Abonnenten. Es gelang ferner, weibliche Vertrauenspersonen aufzustellen und Verbindungen zu schaffen, mittels deren dauernde Fühlung mit den Genossinnen der betreffenden Orte unterhalten werden kann, damit die Agitation unter den Frauen auch in dieser Gegend nicht ins Stocken gerät. Überall fand zur Förderung unserer Bewegung nach der Versammlung noch eine Sitzung mit den leitenden Genossen statt, die recht ersprießlich wirkte. Mögen die jungen neugeworbenen Kräfte nicht erlahmen, sondern mutig weiter arbeiten. W. K.

In den letzten Wochen hielt die Unterzeichnete im Auftrag verschiedener Gewerkschaften eine Reihe von Versammlungen ab. Sie referierte in Nürnberg für die Handlungsgehilfen und die Dienstmädchen in je zwei Versammlungen, für die Organisationen der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Fabrikarbeiter, Textilarbeiter und der Schneider und Schneiderinnen in je einer Versammlung. Der Metallarbeiterverband hatte die Versammlung einberufen für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metallkapselabrik, der Holzarbeiterverband für die Arbeiterschaft der Zelluloidfabrik, der Textilarbeiterverband für die wegen schlechter Behandlung, mifftabeller Entlohnung und anderer Mißstände im Streit stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen der chemischen Reinigungsanstalt von Arnold. Außerdem referierte die Unterzeichnete noch in Mannheim für die Schneiderinnen, in Erlangen für die Buchbinder, in Vohenstrauß und Pleinstein für die Glasarbeiter und in Weichenburg für die Textilarbeiter. Die letzteren hatten bei den Unternehmern Forderungen eingereicht, was diese auf Rechnung des gehafteten Textilarbeiterverbandes setzten. Die Herren fannen deshalb darauf, die Arbeiter und Arbeiterinnen von

der Organisation fernzuhalten oder sie ihr abspenstig zu machen. Sie versprachen ihren Arbeitern und Arbeiterinnen eine gemeinschaftliche freie Fahrt nach der Nürnberger Landesausstellung und kostenlosen Besuch derselben unter der Bedingung jedoch, daß niemand von ihnen zum Textilarbeiterverband halte. Diese Mitteilung wurde von der Versammlung mit Hohngelächter aufgenommen. Eine öffentliche Versammlung in Straßburg, in welcher ein gewerkschaftliches Thema zur Erörterung stand, war wie alle übrigen Veranstaltungen gut besucht. Ende Juni tagte in Nürnberg eine Volksversammlung, an der sich auch Frauen und Mädchen in größerer Anzahl beteiligten. Die Unterzeichnete behandelte ein politisches Thema. Die rege Diskussion wie die vielen Bestellungen auf unsere Frauenzeitung bekundeten die wachsende Teilnahme, welche die Proletarier und Proletarierinnen am Befreiungsringen ihrer Klasse nehmen.

Mitte Juni tagte in Magdeburg eine öffentliche Frauenversammlung, die leider nur schwach besucht war. Genosse Mößinger referierte über „Die Frau im wirtschaftlichen Leben und in der Familie“. Der Referent betonte unter anderem besonders die Wichtigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit für die Frauen und zog die Ausführungen verschiedener Gewerbeinspektoren zu dieser Frage heran. Als einzig dastehend bezeichnete er die Ansicht des Magdeburger Gewerbeinspektors, nach welcher eine Verkürzung der Arbeitszeit die Sittlichkeit der Arbeiterinnen gefährden würde. Genosse Mößinger ermahnte die Proletarierinnen, ihren Berufsorganisationen beizutreten und der politischen Bewegung mehr Interesse entgegenzubringen. Mit reichem Beifall dankten die Genossinnen für den interessanten Vortrag. Die Versammlung wählte an Stelle der erkrankten Genossin Schmielewski Genossin Mahn zur Vertrauensperson. Unter „Verschiedenem“ forderte die Versammlungsleiterin die Genossinnen auf, im Interesse unserer proletarischen Frauenbewegung sich einig und geschlossen unserer Sache zu widmen.

In Dortmund fand Anfang Juli eine Frauenversammlung statt. Der Besuch war befriedigend. Genossin Plum sprach über das Thema: „Der Kampf der Frau um Recht und Brot“. Sie schilderte die Kämpfe der Proletarierinnen auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiet, zu deren siegreicher Durchführung sie der gewerkschaftlichen und politischen Organisation bedürften. Die Referentin schloß mit einem begeisterten Aufruf, die Ideen des Sozialismus allüberall zu verbreiten, und erntete für ihre trefflichen Worte reichen Beifall. In der Versammlung warben die Genossinnen neue Abonnentinnen für die „Gleichheit“ und neue Mitglieder für den Frauenbildungsverein.

Halbjahresbericht der Vertrauensperson für Leipzig.
Der politischen Agitation unter den Frauen haben in Leipzig eine Reihe von Veranstaltungen gedient. Nach dem Parteitag in Jena sprach Genossin Fieh in drei großen Frauenversammlungen über: „Die Frau als Staatsbürgerin“. Diese Versammlungen waren zwar nicht von der Vertrauensperson einberufen worden, vereinigten aber Genossinnen und Genossen zu gemeinsamer Arbeit. Den ersteren wurde die Leitung der Versammlungen und die Werbung neuer Mitglieder übertragen, das letztere mit gutem Erfolg. Der Volksbildungsverein Plagwitz-Lindenau hielt im Februar eine gut besuchte Frauenversammlung ab, in der Genossin Greifenberg referierte. Der Abend brachte für die Partei eine schöne Anzahl neuer Mitglieder. In einigen Versammlungen des Arbeitervereins sprachen die Genossinnen Wehmann und Böhsch, erstere über „Die Frau und ihre Stellung zur Politik“ letztere über die „Ernährung“. Während der Wahlrechtsbewegung forderten die Genossinnen in allen Demonstrationsversammlungen das passive und aktive Wahlrecht für die Frauen. — Erst am Jahreschluss wird es möglich sein, genaue Angaben über die Zahl der politisch organisierten Frauen machen zu können. Sehr gute Erfolge dürften im 13. Wahlkreis zu verzeichnen sein. Hier lassen sich die Genossen besonders angelegen sein, die Frauen zur Mitarbeit heranzuziehen. Der Beschluss, im Leipziger Agitationsbezirk, also für den 11., 12., 13. und 14. Reichstagswahlkreis den weiblichen Mitgliedern für einen Monatsbeitrag von 20 Pf. die „Gleichheit“ zu liefern, ist mit Freunden zu begrüßen, er wird die Zahl der politisch organisierten Frauen vermehren, gleichzeitig aber auch zu deren Schulung beitragen. Um die Durchführung des Kinderschutzgesetzes zu sichern, wurde in einer Parteiversammlung eine neungliedrige Kommission von Genossinnen gewählt, die Beschwerden betreffs Übertretung des Gesetzes entgegennimmt. Die Namen der beauftragten Genossinnen werden monatlich ein- bis zweimal in der „Leipziger Volkszeitung“ bekannt gegeben, zusammen mit einer kurzen Erklärung über die wichtigsten Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes. — Auch auf gewerkschaftlichem Gebiete sind die Genossinnen nicht müßig gewesen. Sie suchten die Arbeiterinnen der Blumen- und Schmudefabrikindustrie ihrem Verbande zuzuführen. Genossin Zhrer sprach in einer Versammlung, die diesem Zweck diente, über den „Wert der Organisation“. Werkstättenversammlungen waren vorausgegangen, in denen festgestellt wurde, daß Löhne gezahlt werden, die jeder Beschreibung spotten. Verdienste von zehn Mark im Monat sind nichts Seltenes. Das Resultat der Agitation war die Gründung einer Zahlstelle, als deren Vorführende Genossin Pollender gewählt wurde. Auch die Leitung der Zahlstelle des Wäschearbeiterverbandes ruht in den Händen einer Genossin. Ein großes und müheriches Feld harret unter den Wäschearbeiterinnen der Bestellung. Heimarbeit ist vorherrschend, ein Umstand, der die Aufklärung und Organisation besonders notwendig, aber auch schwierig macht.

Die Genossinnen beteiligten sich auch an der Agitation, welche der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen zwecks einer Umfrage für den Achtuhr-Ladenschluss eingeleitet hatte. Zum Schluss sei noch auf den Wert unserer Diskussionsabende hingewiesen, durch welche den Genossinnen Anregung, Belehrung und Schulung geboten wird. Es ist dringend zu wünschen, daß die Genossinnen zahlreicher als bisher die Abende besuchen, um ihre sozialistische Auffassung zu klären und zu vertiefen. Unsere Zeit fordert ganze Menschen, und die Frauen des Proletariats müssen mit glühender Seele danach streben, ganze Menschen zu werden.

A. Frenzel.

Die erste Generalversammlung des Verbandes junger Arbeiter Deutschlands findet im Anschluß an den deutschen Parteitag am Sonntag den 30. September 1906, vormittags 8 Uhr, in Mannheim im Lokal von „Karl Theodor“ O 6. 2. statt.

- Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:
1. Geschäftsbericht.
 2. Der deutsche Parteitag und die Jugendbewegung.
 3. Die kapitalistische Ausbeutung der Jugend.
 4. Jugend und Alkohol.
 5. Militarismus.
 6. Beratung der Anträge.
 7. Wahl des Vorstandes und des Ortes, an dem die nächste Generalversammlung stattfinden soll.

Der Unterzeichnete richtet an alle Genossen und Genossinnen die Aufforderung, sofort mit den Vorarbeiten zur ersten Generalversammlung zu beginnen, also die Wahl von Delegierten und die Stellung von Anträgen rechtzeitig zu bewirken. Dort, wo die Entsendung eines Delegierten unmöglich ist, bitten wir das Mandat einem Delegierten zum Parteitag zu übertragen. Die Anträge müssen spätestens am 15. September im Besitz des Vorsitzenden, Bruno Wagner, Mannheim Q 5 1, sein.

Wir ersuchen die Parteigenossen, auch dort, wo noch keine Jugendorganisation besteht, zu dieser Generalversammlung Stellung zu nehmen und dieselbe zu beschicken.

Mannheim, den 25. Juli 1906.
Mit sozialdemokratischem Jugendgruß:
Verband junger Arbeiter Deutschlands.
Der Hauptvorstand. J. A.: Bruno Wagner.

Politische Rundschau.

Die Machthaber in Rußland haben in ihrer taumelnden Ratlosigkeit den Zaren despotismus zu einem neuen Schritte, dem unvermeidlichen Untergang entgegen verleiht. Durch Dekret des Zaren wurde die Duma aufgelöst mit der Zusicherung, daß in sieben Monaten auf Grund neuer Wahlbestimmungen eine neue Duma zusammentreten solle. Ob diesem Staatsstreich ein fein ausgeklügelter Plan zur gründlichen Anebelung der Volksbewegung zugrunde liegt und welcher, oder ob das nur das plumpe Dreinfahren einer Verbrecherbande ist, die in ihrer Verzweiflung, sich an der Macht zu halten, gerade zu dem dümmsten Mittel gegriffen hat, das läßt sich schwer beurteilen. Man traut solchen brutalen Gewaltmenschen, die allenfalls im politischen Leben die raffinierte Schlaueit eines Falschspielers zu entwickeln vermögen, meist noch allzuviel Umsicht zu. In den Reihen unserer russischen Parteigenossen wird angenommen, der Staatsstreich habe den Zweck, das städtische Proletariat zu einer Erhebung zu provozieren, um es in allen Großstädten blutig niederzuschlagen. Möglich! Wichtig ist es jedenfalls, daß unsere Genossen es vorziehen, die Gelegenheit zu dem unvermeidlichen Kampfe sich selber auszuwählen und deshalb dazu eine Zeit abzuwarten, in der sie nicht auf sich selbst allein angewiesen, sondern der Unterstützung der Bauern sicher sind. Gegenwärtig stecken die jedoch in den Erntearbeiten. Von einer allgemeinen Bauernerhebung kann deshalb augenblicklich nicht die Rede sein. Und das ist allerdings wahrscheinlich, daß die Kamarilla, an deren Drähten die Zarenpuppe zappelt, gerade der Erntearbeiten wegen sich den gegenwärtigen Zeitpunkt zur Dumaauflösung gewählt hat. Glücklicherweise ist die Dummheit dieser Verbrecherbande gleich mit ihrer Niederracht. Was sie zur Begründung des Staatsstreichs in die Welt geschickt hat, ist gerade geeignet, die Bauern völlig auf die Seite der revolutionären Arbeiter zu treiben. Die Duma, heißt es, sei aufgelöst, weil sie die Landverteilung unter die Bauern erstrebe und weil sie die Wirksamkeit der Beamtenerschaft durch eine herabziehende Kritik störe. Obgleich das Hofgesindel die Verhandlungen und Beschlüsse der Dumamehrheit durch die Vergrößerungsdrille der Angst betrachtet hat — denn den Herren „Kadetten“ kommt es gar nicht auf die Revolutionierung, sondern auf die Reformierung und Erhaltung der bestehenden Zustände an —, hat es doch in erfreulicher Verblendung zur Rechtfertigung seines volksfeindlichen Vorgehens gerade solche Handlungen der Duma den Bauern denunziert, die von diesen auf das sehnlichste erstrebt werden. Aufsteilung des Herrenlandes und Vernichtung der Willkürherrschaft der Beamten — was liegt dem russischen Bauern mehr am Herzen? Indem der neue Premierminister von Trepow's Gnaden, Herr Stolypin, im ganzen Lande diese Aufklärung verbreitet, wirkt er mächtig zur Revolutionierung der Bauernerschaft. Unsere Genossen werden nicht müßig sein in der Ausnutzung der Situation zur Propaganda unter den Bauern. Daß sie auch sonst auf dem Posten sind, beweist ein von den sozialistischen Mitgliedern und der Arbeitergruppe der Duma gemeinschaftlich unterzeichneter Aufruf an die Soldaten und Seeleute, in dem sie daran erinnern werden, daß auch sie Söhne des Volkes sind, und daß

sie deshalb nicht auf ihre Väter und Brüder schießen sollen, die für die Befreiung des Volkes in den Kampf treten werden. So bereitet sich in der gegenwärtigen Gewitterstürme der neue revolutionäre Sturm vor, hoffentlich der letzte, der dem russischen Volke endgültig die Freiheit bringen wird.

Für die deutsche Sozialdemokratie hat die neueste Entwicklung der Dinge in Rußland noch eine besondere Bedeutung. Mitteilungen aus Rußland, die dem „Vorwärts“ zugegangen sind, behaupten mit großer Bestimmtheit, daß der Zar und seine Handlanger von Berlin aus die Zusage einer bewaffneten deutschen Intervention erhalten hätten, falls ihnen die russische Revolution über den Kopf zu wachsen drohe. Nun ist zwar diese Mitteilung von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ dementiert worden. Aber Dementis eines offiziellen Blattes haben bekanntlich immer nur die Beweiskraft, daß es im Interesse der Machthaber liegt, irgend etwas abzuleugnen. Daß etwas Wahres an der Interventionsgeschichte sein kann, wird durch das offiziöse Dementi nicht aus der Welt geschafft. Nun würde indes noch ein neuer Grund gegen eine solche Möglichkeit sprechen: Eine Intervention der deutschen Reichsregierung zugunsten der Zarenwirtschaft wäre eine politische Torheit ersten Ranges, die unter allen Umständen zum Schaden Deutschlands ausschlagen müßte. Man sollte deshalb halbwegs vernünftigen Staatsmännern so etwas nicht zutrauen, zumal man in Preußen mit der kläglich verlaufenen Intervention gegen die französische Republik schon einmal die schlimmsten Erfahrungen gemacht hat. Leider aber hat uns die Ara der neudeutschen Weltmachtspolitik schon daran gewöhnt, das schier Unmögliche für möglich zu halten. In dem bisherigen Getriebe der preussisch-deutschen Politik tritt obendrein ein an sich schon höchst blamables Spektakelstück hervor, in dem ein direkter Anreiz zur antirevolutionären Intervention liegt, das ist ihre hatatistische Polenpolitik. Von Leuten, die es im Staatsinteresse für geboten halten, die Polen im preussischen Staatsgebiet durch alle Arten bürokratischer Verwaltungsschikanen zu „germanisieren“, und die es nicht merken, daß sie damit die gesamte polnische Bevölkerung nur in eine immer erbittertere Feindseligkeit gegen das preussisch-deutsche Staatswesen hineintreiben und geradezu gegen die Verbreitung der deutschen Sprache unter den Polen wirken, von Leuten von solch grandioser Einfältigkeit ist auch zu erwarten, daß sie sich zu einer Intervention gegen die russische Revolution verleiten lassen, um die Autonomie des russischen Polens oder gar die Errichtung eines selbständigen Polenstaats zu hintertreiben. Noch liegen keine positiven Beweise für solche verderblichen Pläne vor, aber mit deren Möglichkeit haben wir zu rechnen. Daraus erwächst der deutschen Sozialdemokratie naturgemäß die Aufgabe, auf der Hut zu sein, um dem ersten Versuch der Interventionspolitik mit allen durch die Umstände gebotenen Mitteln entgegenzuarbeiten. Schlimm genug, daß die preussisch-deutsche Regierung im Inland ihr trauriges Reaktionspiel treibt, unter allen Umständen muß verhindert werden, daß sie auch im Ausland zum Schutze des scheußlichsten Despotenregiments der Gegenwart Gut und Blut des deutschen Volkes vergeudet.

In Deutschland selbst offenbart sich das Wesen des kapitalistischen Klassenstaates in immer neuen Manifestationen. Die neueste ist der Vorussiaprozess. Der Grubenbrand auf der Grube „Borussia“ hatte 39 Bergleuten das Leben gekostet. Offenkundig wurde es sofort, daß Mängel des Betriebs und der Schutzvorrichtungen an der Katastrophe selbst wie an der Ausdehnung des Unglücks schuld seien. Über die Gerechtigkeitsschleife des kapitalistischen Klassenstaates mahnte außerordentlich langsam, als es galt, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Wie es bis heute in Breslau noch nicht gelungen ist, den Schutzmännern zu ermitteln, der dem Arbeiter Biewald die Hand abgehauen hat, so wurde in Westfalen nur ein einziger unterer Beamter schließlich vor Gericht gestellt wegen Verschuldung des Unglücks, und dieser einzige ist schließlich freigesprochen worden. Moralisch gerichtet allerdings ist vor aller Welt das System, das bei der Ausbeutung der Gruben alle Rücksichten auf Menschlichkeit in den Wind schlägt. Der Geist, der die Kapitalisten und ihre Handlanger, die Grubenbeamten, dabei leitet, wurde trefflich gekennzeichnet durch den Auspruch eines dieser Herren, des Bergwerkdirektors Raudebrock, man wolle doch nicht nur Unfälle verhüten, sondern schließlich auch Kohlen fördern. Auch dieser Prozess und sein Ausgang sind dem Proletariat eine neue Mahnung, das ganze kapitalistische System zu beseitigen, das notwendigerweise Früchte zeitigen muß wie die Vorussiakatastrophe. G. L.

Genossenschaftliche Rundschau.

Eine Vereinigung für genossenschaftliche Hauspflege hat sich in dem 1. April d. J. bezogenen, 260 Familienwohnungen umfassenden Barmbecker Block des Hamburger Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ gebildet. Die von einer Hauspflegekommission (11 Männer, 2 Frauen) geleitete Vereinigung will, unabhängig von der Geschäftsleitung, die genossenschaftlichen Zwecke durch engeren Zusammenschluß der Mitbewohner fördern, Streitigkeiten unter diesen oder mit der Genossenschaft beilegen, Rat und Auskunft erteilen, Kinderpiel und Turnen, Gartenbau, Gesang, Bildung und Geselligkeit pflegen. Die Genossenschaft, die ja als Vorbildlich in allen gemeinnützigen Bestrebungen bekannt ist, hat durch Anlagen verschiedener Art die äußere, durch den ganzen hochsinnigen Geist, der ihr Streben beherrscht, die innerliche Grundlage für derartige, eine weitere Entwicklung und Vertiefung der Genossenschaftsidee in sich schließende Einrichtungen aboten.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine kann auch für das verfloßene erste Halbjahr 1906 von einem erfreulichen Wachstum berichten. Der Umsatz betrug rund 19 205 400 M. gegen 16 000 400 M. in der gleichen Zeit des Vorjahres, das ist eine Zunahme um 20 Prozent — im vorigen Jahre waren es nur 14 Prozent Zuwachs. Da der Hauptumsatz (im Vorjahr rund 23 Millionen Mark) in das Spätjahr fällt, so dürfte das diesjährige Geschäftsergebnis von 50 Millionen nicht weit entfernt bleiben. Erst der Ausbau des Großeinkaufs und der auf ihm beruhenden genossenschaftlichen Großproduktion vermag der Konsumgenossenschaftlichen Lebensmittelversorgung die rechte Wirksamkeit und wirtschaftliche Bedeutung zu verleihen. Aufgabe jeder einzelnen Vereinsverwaltung und jedes Mitglieds ist es, durch Vereinigung der Kräfte die immer raschere und kräftigere Entwicklung dieser höheren Form der Organisation des Konsums zu bewirken.

Ihr 25jähriges Bestehen hat die berühmte Genossenschaft „Booruit“ in Gent gefeiert. Wir gedenken, auf die großen Leistungen dieser musterhaften, allseitigen Arbeitergenossenschaft noch näher einzugehen.

Einen großen Schlag gegen die Konsumvereinsbewegung gedachten die österreichischen „Greisler“, das unter Lueger'scher Führung marschierende Kleinräumertum, durch eine Demonstration in Wien zu führen. Man forderte das Verbot der Dividendenzahlung, Ausschluß aller öffentlichen Angestellten von der Mitarbeit usw. und endete mit einem Demonstrationsszug zum Parlamentsgebäude, der mit dem bei den Wiener Christlichsozialen üblichen Kadav schloß. Die Antwort der Arbeiter waren 5 Niesenversammlungen in Wien, eine Menge in der Provinz, ein kräftiger, in 170 000 Exemplaren verbreiteter und von der gesamten Arbeiterpresse abgedruckter Aufruf und ein mächtiges Zustromen in die bestehenden Konsumvereine. Diese haben durch den Ansturm der lieben Feinde wie durch den jüngst in Kraft getretenen Schutzolltarif einen mächtigen Anstoß erhalten. Die im Herbst 1905 gegründete österreichische Großeinkaufsgenossenschaft hat schon im ersten Halbjahr einen Umsatz von 2 1/2 Millionen Mark erzielt: ein ohnegleichen glänzender Erfolg, der nicht zum wenigsten der treuen Unterstützung der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung, dem hohen Stande der proletarischen Frauenbewegung Österreichs zu danken ist.

Von Genossenschaftsliteratur ist zu erwähnen ein überaus reichhaltiges Werk des Sekretärs H. Kaufmann über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Zentralverband deutscher Konsumvereine und ein als Heft II der Berliner Genossenschaftlichen Agitationsbibliothek erschienener Vortrag des Genossen Max Hoppe über den Kampf gegen die Lebensmittelverfälschung, der wegen seiner praktischen Fingerzeige nicht nur für die Verwaltungen der Konsumvereine, sondern auch für jede Hausfrau wertvoll ist. Simon Kagenstein.

Notizenteil.

Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation.

Zur Frage der Agitation unter den Arbeiterinnen nahm der 8. Christliche Gewerkschaftskongreß zu Breslau folgende Resolution an:

„In Anbetracht dessen, daß die Organisation der Arbeiterinnen für die Durchführung der gewerkschaftlichen Bestrebungen von der größten Bedeutung ist, empfiehlt der Kongreß:

1. Daß in denjenigen Industrien, die mit weiblichen Arbeitskräften zu rechnen haben, eine intensive und planmäßige Agitation unter den Arbeiterinnen entfaltet werden möge.

Da sich die gewöhnlichen Agitationsversammlungen als wenig geeignet für die Heranziehung der Arbeiterinnen erwiesen haben, empfiehlt der Kongreß vor allem die Hausagitation. Ferner die Abhaltung besonderer Agitationsversammlungen und Werkstattbesprechungen für die Arbeiterinnen, um deren Verständnis und Interesse für die gewerkschaftlichen Bestrebungen zu wecken und dauernd rege zu erhalten.

2. Um eine intensive und planmäßige Agitation unter den Arbeiterinnen zu ermöglichen, ist die Heranbildung und Schulung weiblicher Agitationskräfte sowie die Anstellung von Beamtinnen nach Möglichkeit zu fördern.

Mehr noch als für die männlichen Arbeiter hält der Kongreß ein harmonisches Zusammenwirken zwischen den konfessionellen Arbeiterinnenvereinen und den christlichen Gewerkschaften für geboten, damit den Arbeiterinnen in der konfessionellen Vereinigung der religiös-sittliche Halt und in der Gewerkschaft der nötige wirtschaftliche Schutz zuteil werde.

Von allen christlich organisierten männlichen Arbeitern erwartet der Kongreß, daß sie es als ihre ernste und wichtige Aufgabe betrachten, ihre erwerbstätigen weiblichen Familienangehörigen den christlichen Gewerkschaften zuzuführen.“

Frauen in der Leitung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -schilfinnen Deutschlands. Die Versammlung der Hamburger Mitglieder der genannten Organisation, welche die vier Beisitzer zum Verbandsvorstand zu wählen hatte, sendete auch eine Handlungsgehilfin, Genossin Paula Krenzschmer, in die Verbandsleitung. Die Versammlung der Berliner Mitglieder, welche über die Zusammensetzung des Ausschusses zu entscheiden hatte, wählte neben vier Handlungsgehilfen Genossin Ida Baar in den Ausschuß.

Dienstbotenfrage.

Zur Frage der Dienstbotenorganisation nahm die dritte bayerische Kartellkonferenz, welche in Nürnberg stattfand, folgenden von der Unterzeichneten gestellten Antrag an: „Die Konferenz sieht von einer Besprechung dieser höchst wichtigen Frage ab, weil es an Zeit mangelt, um das Thema ausführlich zu behandeln, verpflichtet sich aber, darauf hinzuwirken, daß die einzelnen Kartelle in ihren Bezirken für Organisation der Dienstmädchen, Waschfrauen, Putzfrauen, Zugeherinnen usw. das Mögliche tun.“ Helene Grünberg.

Von der Nürnberger Dienstbotenorganisation. Nach sauren Wochen konnten sich die Dienstmädchen Nürnbergs an einem frohen Feste erfreuen, das die Organisation ihnen bot. Diese hielt am 15. Juli einen Ball ab, der überaus stark besucht war. Fröhliche Feststimmung hielt bis lange nach Mitternacht die Teilnehmer zusammen. Die Unterzeichnete hob in einer kurzen Ansprache hervor, daß es in nicht zu ferner Zukunft möglich sein werde, mit entsprechenden Forderungen betreffs vollständiger Freigabe des Sonntagnachmittags und angemessener Arbeitszeit vorzugehen. Bedingung dafür sei allerdings, daß die Dienstmädchen in der bisherigen Weise fortfahren, für ihre Organisation zu arbeiten. Während der Polonaise wurde den Festteilnehmerinnen und Teilnehmern „ein Blick in die Zukunft“ gewährt, der großen Jubel hervorrief. Die Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit hatte den Achtstundentag auch den Dienstmädchen gebracht. Das jüngste Mädchen, welches der Organisation angehört, trug einige Gedichte vor, die mit stürmischer Begeisterung aufgenommen wurden. Das prächtig verlaufene Fest bereitete den Mitgliedern einige frohe Stunden und führte der Kasse der Organisation einen Überschuß von 280 M. zu. Helene Grünberg.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Daß die Fabrikanten in Düren sich den Tadel um die Arbeiterschutzeinrichtung kümmern, ist hier allgemein bekannt. Aber wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter. Da sich die Arbeiterinnen die Gesehwidrigkeiten in den Fabriken zu ihrem eigenen Schaden gefallen ließen, so nahm die Vertrauensperson der Genossinnen den Kampf dawider auf. Sie griff aus der Reihe der Firmen, für die das Arbeiterschutzesgesetz nur auf dem Papier existiert, die Ketten- und Nadel- fabrik von Krafft & Schüll und die Dürener Teppichfabrik heraus und wurde wegen der in beiden Betrieben herrschenden ungeseligen Verhältnisse persönlich bei dem Gewerbeinspektor vorstellig. Zunächst stellte sie fest, daß die Ketten- und Nadel- fabrik von Krafft & Schüll ihre Arbeiterinnen in der Mittagspause durcharbeiten läßt. Die Beschwerde fruchtete jedoch nichts. Zwar wurde ein Polizeibeamter in den Betrieb entsandt, aber alles blieb nach wie vor beim alten. Nun geißelte die Vertrauensperson in einer Frauerversammlung die Mißstände bei der Firma. Das wirkte. Der Gewerbeinspektor revidierte während der Mittagspause die Fabrik, und kurz darauf gab die Firma durch Plakat bekannt, daß mit 1 M. Strafe belegt werde, wer die Pausen nicht einhalte. Mit einem Schläge wurden außer der Mittagsstunde auch die übrigen gesetzlichen Pausen eingeführt. Die öffentliche Brandmarkung hatte die Respektierung des Gesetzes erzwungen.

Schwerer hielt es bei der Dürener Teppichfabrik, den gesetzlichen Vorschriften Geltung zu verschaffen. Der Besitzer der Fabrik, Herr Philipp Schöller, ist einer der reichsten Männer in Düren und wegen seinem Patriotismus und seiner Wohlthätigkeit viel gepriesen. Seine Arbeiterinnen merken von seinem „Herz“ recht wenig, sie kennen ihn nur als rücksichtslosen Arbeitgeber. Die Arbeit in der Teppich- druckerei ist die schwerste, schmutzigste und gesundheitschädlichste, die überhaupt in Dürener Fabriken verrichtet wird. Viele Mädchen sind daher durchaus nicht zu bewegen, in den Betrieb einzutreten, zumal auf die dort beschäftigten Arbeiterinnen mit einer gewissen Mißachtung herabgesehen wird. Die Luft, die im Sommer wie im Winter in vielen Arbeitsräumen der Fabrik herrscht, ist unbeschreiblich. In der Dämpferei verpesten Farben- und Wasserdämpfe die Atmosphäre, und in dem obersten Stockwerk steigt die Temperatur an heißen Tagen so hoch, daß die Arbeiterinnen in Schweiß gebadet sind. Seit Jahren wird in der Fabrik keine Pause eingehalten, die Arbeiterinnen müssen den ganzen Tag ohne Unterbrechung schaffen. Die Führer des Christlichen Teppich- arbeiterverbandes, die schon seit mehr als 8 Jahren in dem Betrieb arbeiten, haben noch nie einen Schritt getan, um Abhilfe zu schaffen. Die Vertrauensperson machte schließlich den Gewerbeinspektor, Herrn Dr. Bender, auf die Mißstände aufmerksam, die jahrelang in der „Musteranstalt“ bestehen — als eine solche wird nämlich der Betrieb überall gepriesen. Bei der Inspektion erklärte die Firma, die Pausen müßten durchgearbeitet werden, doch sollten sich künftig die Arbeiterinnen ablösen. Mit diesem Bescheid begnügte sich Herr Dr. Bender, dessen Amt es ist, die Durchführung der gesetzlichen Vorschriften zu überwachen. Die wurden weiter mit Füßen getreten. Die Vertrauensperson erhob deshalb abermals Beschwerde bei dem Gewerbebeamten. Herr Dr. Bender erklärte, die Mädchen arbeiteten gegen den Willen des Chefs, es sei ihnen erlaubt, von 1 bis 2 Uhr Mittags- pause zu halten. Diese Behauptung bestritt die Unterzeichnete sehr entschieden, besonders da sie wußte, daß in der Fabrik die Maschine bis 1/2 vor 1 Uhr lief und den sogenannten „Übermädchen“ auch die Mittagsstunde bezahlt wurde. Es folgte eine heftige Auseinandersetzung, die zunächst resultatlos endete, deren Wirkung jedoch nicht lange auf sich warten ließ. Schon am nächsten Morgen wurde

den Arbeiterinnen mitgeteilt, daß es von nun an verboten sei, während der Pausen zu arbeiten. Die Anordnung wird in der Fabrik respektiert. Nur der Meister Förster, so wird uns mitgeteilt, soll eine Ausnahme machen und die Arbeiterinnen trotz allem noch durcharbeiten lassen. Daß die Durchführung der Mittagspause keinerlei Nachteil für den Betrieb mit sich führt, beweist das Beispiel der Tuchfabrik von Leopold Schöller & Söhne. Sie hat den verheirateten Arbeiterinnen sogar eine Mittagszeit von zwei Stunden gewährt und floriert dabei. Den Arbeiterinnen fehlte zunächst noch das richtige Verständnis für das Unrecht, das ihnen so lange zugefügt worden war, und für die Verbesserung ihrer Lage, welche die gesicherte Mittagspause bedeutet. Sie rechneten nur mit den armseligen Pfennigen, die sie in der Mittagspause mehr verdienten, und übersehen dabei ganz, daß sie diese nur auf Kosten ihrer Gesundheit und Lebenskraft erzielten. Die Organisationen des Proletariats und die Genossinnen insbesondere haben hier noch unendlich viel zu arbeiten, um Licht in die Köpfe zu bringen, die Arbeiterinnen zum Bewußtsein ihrer traurigen Lage, aber auch ihrer Rechte zu erwecken und sie dem Kampfe für bessere Zustände zuzuführen. Frau Heusinger.

Frauenstimmrecht.

Für die Einführung des Frauenwahlrechts in Rußland haben sich fortgesetzt Mitglieder der Duma erklärt. Die Arbeiterabgeordneten, welche dieser Körperschaft angehören, haben vor der Auflösung der Duma in einem Aufruf an das russische Volk eine vollberechtigte konstituierende Versammlung gefordert, die auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts ohne Unterschied des Glaubens, der Nationalität und des Geschlechts gewählt werden soll. Der Bauernabgeordnete Madjin führte zur gleichen Frage kürzlich aus, man müsse der Frau volle politische Freiheit geben, bevor sie selbst sich ihre Rechte mit Gewalt nehme. Abgeordneter Professor Petraschitzky trat bei Beratung des Gesehwurfs betreffend die Gleichberechtigung aller Bürger für die Rechte der Frauen ein.

Die „progressive Frauenpartei“, eine feste Organisation bürgerlicher Frauenrechtlerinnen, die ihren Sitz in Petersburg hat, faßte folgende Resolution: „Im Namen des Wohles des russischen Volkes protestiert die progressive Frauenpartei gegen irgendwelche gesehgeberische Tätigkeit der Reichsduma, solange aus den Reihen ihrer Mitglieder die Frauen ausgeschlossen sind. Sie besteht darauf: die Volksvertreter müssen vor allem dafür Sorge tragen, daß die gesamte Bevölkerung des russischen Reiches, darunter auch die Frauen, das Wahlrecht erhalten, und sich erst dann mit der schöpferischen Arbeit befassen. Die progressive Frauenpartei appelliert an das Gerechtigkeitsgefühl der russischen Volksvertreter und spricht die Hoffnung aus, daß die russischen Frauen unverzüglich politische Rechte erhalten, aus rechtlosen Sklavinnen vollberechtigte Bürgerinnen werden.“ Fortgesetzt erweisen russische Frauen aller Klassen und Nationalitäten durch ihre Beteiligung an der revolutionären Bewegung ihre politische Mündigkeit. In Riga zum Beispiel verurteilte kürzlich das Kriegsgericht unter anderen zwei siebzehnjährige Mädchen als Mitglieder der örtlichen Kampfesorganisation zur Zwangsarbeit. In der Organisation waren zwei junge Jüdinnen, Ljubowa Neumark und Mündel Finkelstein hervorragend tätig, ebenso eine Lettin, Berta Mizit, und eine Deutsche, Lotte Loch.

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen:

Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung.

Von Räte Duncker.

Herausgegeben von der Redaktion der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

In einer kurzen historischen Einleitung bespricht die Verfasserin die Kinderarbeit als Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise und anschließend daran die Kinderschutzeinrichtung in Deutschland bis 1891, die Erhebungen von 1898 und endlich das Kinderschutzesgesetz von 1903. In einem Schlußkapitel wird der bisherige Erfolg des Kinderschutzes beurteilt und ein vortrefflicher Ausblick auf Kinderarbeit und Kindererziehung, wie beides sein sollte, gegeben. — Im Anhang findet die Leserin das Geseh selbst und ein Verzeichnis derjenigen Werkstätten, in deren Betrieb Kinder nicht beschäftigt werden dürfen. Schließlich ist auch die Bekanntmachung hinzugefügt betreffend Ausnahmen von dem Verbot der Beschäftigung eigener Kinder unter 10 Jahren.

Das Büchlein sollte in keinem Arbeiterhaushalt fehlen; jede Mutter muß Kenntnis haben von dem derzeitigen Stand der Kinderschutzeinrichtung in Deutschland, damit sie der Ausbeutung ihrer eigenen Kinder zielbewußt entgegenzutreten, sie mildern und womöglich hindern kann.

Der Preis der Broschüre ist auf 40 Pf. festgesetzt. Für die Abonnenten der „Gleichheit“, die sich zum gemeinsamen Bezug vereinigen, ist ein wesentlich niedrigerer Einkaufspreis festgesetzt.

Bestellungen nehmen entgegen alle Vertrauenspersonen, Ottilie Baader, Berlin S 53, Blücher-Strasse 49, Hof 11, und die Expedition der „Gleichheit“ in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Das Verdende.*

Von Franz Dieberich.

Bildrüttelnd pfeift der Sturm, der schrille,
Die Schlachtmusik im Werdestreit.
Durch alles Graun wühlt sich der Wille
Der Sonnenpurpurherrlichkeit.
Gigantische Gedanken steigen
In Riesenseuergarben auf,
Und lichtdurchwallt im Weltenreigen
Siegt kühn der Sonnenbarke Lauf.

Flammen.

Von Lu Märten.

Es ist ganz gleich, ob ich die Geschichte den Kleinen oder großen Menschenkindern erzähle; — sie ist merkwürdig genug für die einen wie für die anderen, und sie ist wahr, so wahr, daß ich sie erzählen muß.

Es war ein Mensch auf der Erde, der sah aus wie andere Menschen auch und tat Gutes und Unnützes, wie andere auch; nur seine Augen hatten noch niemals etwas Häßliches getan, daher kam es auch wohl, daß seine Augen schön waren und viele Dinge sahen, die andere nicht sahen. Er hat nie viel gesprochen, aber er hat viel lebendige Dinge um ihre Gedanken gefragt und hat sich viel gewundert; er konnte sich über alle Dinge wundern, die auf der Erde blühten und welkten. Und er wußte kaum, daß er ein Mensch war, denn er liebte die Blumen und die Tiere wie seine Geschwister. Er weinte, wenn er Menschen fand, die er nicht lieben konnte, und wenn die Tiere Leid fühlten. Er war demütig wie eine Blume, wenn die Sonne ihn küßte, und die Sterne nannte er seine Brüder. Und auch die toten Geräte, alles, was Menschen und Tiere bauten und arbeiteten, hat er geliebt. Wo solche Dinge freiwillige Schönheit zeigten, glitt seine Hand lieblosend über sie hin, und wo sie häßlich waren, zu schlimmem Dienst erdacht, da kniete er zu ihnen und fluchte ihren schlimmen Schöpfern.

So geschah es einmal, daß er den Flammen, die auf der Erde glühten, ins Antlitz sah, und daß er die Flammen um ihr Leben fragte. In einem warmen Fruchtgarten fand er zwei Flammen nebeneinander. Die eine glühte weiß und still zum Himmel, und die andere loderte wild und heiß in dunkelroter Hölle und in wechselndem Schimmer. Und die rote Flamme klagte und rief: „Gib mir Nahrung, — denn sieh, sonst muß ich sterben!“ Und der Mensch ward traurig vor der wilden Flamme und fragte: „Was soll ich dir geben, daß du leben kannst? — ich habe nichts anderes als dies,“ — und er zog eine Tafel aus seiner Brust, darauf hatte er ein Lied gegraben, ein Lied, das er liebte. „Willst du das Lied?“ fragte er schüchtern die rote Flamme.

„Ich verzehre alles,“ sagte diese, „doch gib mir nicht allzu hartes, gib mir willige, starke Nahrung, daß ich leben kann.“

„Ich habe nichts anderes,“ sagte der Mensch.

„Sieh vor deine Füße!“ rief die Flamme, „und gib, was sich verzehren läßt!“

Da sah der Mensch zur Erde und sah nur Trümmer und Reste einstiger Bäume und warf sie der roten Flamme zu, daß sie jubelnd aufloderte. Und der Mensch fragte nun die weiße Flamme: „Was willst du zur Nahrung, das ich geben könnte?“ Aber die weiße Flamme war stolz, ohne Bitte und sagte: „Behalte dein Lied, das du liebst, ich höre es auf der Erde singen, und niemand kann es verzehren.“

Da ging der Mensch weiter und gedachte immer der weißen Flamme, und er fand viele rote und bunte Flammen, doch selten die stillen weißen. Aber alle die Flammen sehnten sich Tag und Nacht aus tieferweintenen Nächten, aus stumpfen Lasttagen, hin über die Erde, wie zehrende, sehrende Feuer — sie sehnten sich nach Gaben der Erde, um Hunger zu töten, den Hunger, der lieblos und blind macht; sie sehnten sich nach duftwarmer Erde und Treue der Luft und nach Felsenwänden und Liedern; sie sehnten sich nach Anbetung und Schönheit, denn rechte Anbetung ist in Schönheit; sie sehnten sich nach Heimat ihrer Wünsche; sie sehnten sich hinaus über die Einsamkeit ihres eigenen Ichs; sie sehnten sich, Brüder und Schwestern auf der Erde zu sein. Das Feuer ihrer Sehnsucht brauste auf in der Unrast Wünsche, höher und höher, suchend und weiter Erfüllung suchend, oder in sich selbst verglühend. So fand der Mensch einmal nach vielen Jahren in dunkler Nacht eine mächtige weiße Flamme, die einsam und schweigend auf der Erde glühte. „Warum seid ihr so selten?“ fragte der Mensch und blieb vor der weißen Flamme. „Wir sterben leicht und früh, so wir ohne Nahrung bleiben,“ sang die Flamme, „und wenig Nahrung wird uns gebracht, die wir brauchen können.“

„So braucht ihr andere Nahrung, als wie eure Brüder und Schwestern sie brauchen?“ fragte der Mensch. „Seltsame Nahrung,“ sang die Flamme, „solche, die den Stempel des Lebens trägt, und Gaben ohne Lohn und Dank! Laß die Lebenden nach den Sternen greifen und darum Sünde tun, so will ich ihre Schuld verzehren! Nur die Sünde, die einen Tod als Echo hat, und die um blöde Nacht das Leben schändet, — kann mir nicht Nahrung sein — unreine Asche!“

So Seltsames sang die weiße Flamme. Und der Mensch fragte weiter:

„Was schläft in deiner Asche?“

„Die Ursache aller schuldlosen Schuld und Häßlichkeit; der Zorn eines Weisen und eines Riesen.“

„Und was lebt darinnen?“

„Ein Reich ohne Hunger und Kälte; das Lächeln eines Kindes.“

„Wann wird es auferstehen?“

„Wenn die Sonne kommt.“

„Welche Sonne?“

„Keiner Wille des Menschen, der uns (die weiße Flamme) genährt.“

„Wo wird der reine Wille geboren?“

„Wo die Sehnsucht die Erkenntnis findet und Erkenntnis um Sehnsucht weiß; keine von beiden darf allein sein.“

„Und warum dürfen sie nicht? Was will der reine Wille?“

„Keinen hellen Tag ohne Sonne, keine vollen Tafeln ohne Blumen, keine satten Augen ohne Liebe, keine Liebe ohne Seele, — der Sohn der Weisheit und Schönheit will kein Reich ohne Schönheit!“

Da dachte der Mensch an die Sehnsucht aller Flammen und an die Not und den Willen der Allerärmsten; ein Strahl von großer Liebe brach aus seinen tiefen Augen, als er sagte: „Ich will dir Nahrung bringen, solange ich leben kann, ich will dir rechte Nahrung suchen.“

Und nun war es, als ob die weiße Flamme sich vor ihm neigte, sie schlang sich wie in einem feurigen Kranz um den Menschen, so daß er mitten in ihrer weißen Hölle stand, und der Mensch ging, um ihr zu dienen.

Einmal kam er und brachte das Kleid eines toten Kindes. „Es ist noch naß von Tränen der Erde,“ sagte er. „Niemand hat das Kind geliebt; als es hörte, daß seine Mutter ins Wasser gegangen sei, schmückte es sein armes Kleidchen mit Feldblumen und ging seiner Mutter nach. Das Kleid mit den Blumen hat man gefunden. Willst du es brauchen?“ Und die weiße Flamme erfaßte es und glühte weiter. Und zum andernmal kam der Mensch mit einem zerrissenen und zerblättern Buch. — Eine Mutter saugte Trost daraus für ihr grausames Leben. — „Gib her,“ sagte die Flamme.

Und einmal im Walde fand der Mensch einen Mann; auf dessen Knien lag ein junger Frauenleib, der war gestorben. Er war schön und weiß wie ein junger, keuscher Frühlingstraum Botticellis. Und der Mann raufte sich das Haar und sprach zum Menschen: „Sie war der Tempel meiner Kunst und Liebe. Vor dem Anblick ihrer Wunder schloß sich das Tor all meiner Menschensehnsucht, — ich zerbrach sie nicht im Leben, ihre Seele und Schönheit war Einheit, und so viel Augen hat sie hell gemacht, und nun soll sie in die Erde!“

„Laß mich dein Leben in die weiße Flamme tragen,“ bat der Mensch und faßte die Hand des Trauernden. Da gingen sie hin zur weißen Flamme und erzählten, daß ein Frühlingsteib gestorben sei, und was der Mann gesagt.

Und die Flamme leuchtete, als sie sang: „O Mensch, o Kunst, in meiner Asche schläft deine Einheit,“ und verzehrte den jungen Frauenleib.

In einer dunklen, feuchten Stube fand der Mensch eines Tages Kinder vom Schlaf übermanni. Ihre kleinen, mageren Hände hielten Spielzeug und bunte Dinge, die sie arbeiten sollten, um essen zu können, aber sie schliefen, und die Tränen starrten auf ihren blassen Wangen.

Da nahm der Mensch die bunten Dinge aus den kleinen Kinderhänden und trug sie zur weißen Flamme, und als sie brannten, klagten sie schwere, düstere Dinge, die sie gesehen.

Der Mensch seufzte vor der weißen Flamme und sagte: „Du wirst immer mächtiger, und doch sehen dich nur wenige, wie gut, daß ich dir dienen darf.“ Aber er ging immer müder über die Erde, und seine Augen sahen immer dunkler und immer weiter in die Ferne. — Einmal fand er ein Buch, das war mächtig und schrecklich zugleich, es war, als ob ein Mensch aus schweren Wunden blutete und wie ein irres Lasten nach Genuss und Seligkeit. — Das Leben der Menschen. — Da gab er es der weißen Flamme, und es war wie Zorn in ihrem Brausen, als sie es verschlang. Und wieder einmal fand er einen leuchtenden und wunderbaren Plan einer Stadt. Er war von einem, den die Menschen verachteten, und von dem sie sagten, er sei im Wahn; auch ihn verzehrte die Flamme. — Viele seltsame Dinge brachte der Mensch noch zu ihr, so unzählig viele, daß ich nicht alle erzählen kann. — Es kam aber, daß der Mensch krank

wurde und hilflos auf seinem Lager lag; er gedachte der weißen Flamme und sandte ein Lied über die Welt, das allen Menschen von ihr erzählen und sagen sollte, welche Nahrung sie brauchte. Aus den Abgründen klang ihm ein Echo, er selbst aber war einsam wie eine Höhe zur Wintersonne. Da stand er auf in der Nacht und schleppte sich zur weißen Flamme, und in ihrem Anblick sang er ein letztes Lied von ihrer Macht und Hölle und von den seltsamen Dingen von Schuld und Herrlichkeit, die in ihrer Blut zu reiner Erde wurden.

Dann war seine Kraft zu Ende, und seine Augen brachen. Er gedachte noch einmal seiner Lieblinge, der Blumen und der Töne und Tiere und Kinder, und des zarten Traums der feinsten Seele.

Es war wie Lächeln in seinen Worten, als er stöhnte: „Nun zehre auch mich, daß du lebest!“ — Und noch einmal suchten seine Augen das Leben, und er fragte: „Nährtest du mich oder nährte ich dich, wo ist das Tor des Rätsels?“

Niemand weiß, ob der Mensch die Antwort hörte, er war verstummt und tot. Die weiße Flamme stieg höher und feiernd zum Nachthimmel empor, daß die Menschen sie sahen und sich erschreckten, und sang zu dem Menschen: „Mein Feuer in deiner Seele und meine Seele wie du. — ich grüße dich, Bruder, mit gleichem Namen!“

Lied eines Sklaven.*

Von Sw. Cech.

Seht, auf meiner Hand voll Schwielen
Lies ein Falter led sich nieder,
Senkt die Flügel, hebt sie wieder — —
Ist es nicht ein grausam Spielen,
Sagt, mit meiner Herzenspein?
Hier die Hand, rauh, voller Narben,
Drauf die Mühsal steht zu lesen,
Dort des Falters leichtes Wesen,
Wohl von hundert bunten Farben
Ein entzückend Stellbildein!

Liebling du der Blumenauen,
Darfst mit jedem Lästchen gaukeln,
Darfst auf Blatt und Kelch dich schaukeln,
Wenn die Juliwolken tauen.

In den Venzestüften klar
Biegt du dich behend und leise,
Und im Schein der goldenen Sonne,
Duftig Ding voll lust'ger Wonne,
Ziehst du deine Platterkreise,
Sei's auch kaum ein halbes Jahr!

Aber ich? In Strick und Kette,
Ohne Raft und ohne Weile,
Voller Hast und voller Eile,
Mit den Brüdern um die Wette,
Geh' ich in der Arbeit Foch.
Wie das Kind im Pflug des Bauern
Kenn' ich in dem Taggetriebe
Peitschenhiebe, Peitschenhiebe
Nur und Schweiß, den bitterfauern,
Ich, der stets in Fesseln troch.

Doch ich will dich nicht beneiden,
Falter, weil die Götter strahlend,
Wie mit Sonnenfingern malend,
Dich in Gold und Purpur kleiden,
Leichter Segler auf der Flur!
Wer nach allgemeinem Lose
Arbeit fand auf seinem Pfade,
Dem ward, wahrlich! große Gnade,
Ruhn doch in müdem Schopfe
Müde Hände süßer nur!

Golde Lust, in freien Werken
Geist und Arme zu erproben,
Rastend dann zu schau nach oben
Und zur Lat sich neu zu stärken,
Welche aus sich selber sprießt!
Aller Rechte höchstes Recht ist
Arbeit, die die Freiheit zieret,
Arbeit, die sich selbst gebietet
Und dem menschlichen Geschlecht ist
Flut, die frei und dauernd fließt.

Aber unter ew'gem Streiten,
Ohne inneres Genügen
Eines Fremden Acker pflügen —
Oft vor Zorn die Brust sich weiten
Fühlt, wer das manch Jahr vollbracht.
Wir, was ernten wir zum Lohne?
Während üppig schwelgt der glatte
Nimmerfette Übersatte,
Gönnt er uns die Dornenkrone
Ach! als Zeichen seiner Macht!

* Aus „Lieder eines Sklaven“ von Swatopluk Cech. Freie Übertragung ins Deutsche von Jan Koutel. Stuttgart, Verlag J. S. B. Dieck Nachf. Diese prachtvollen Freiheitsgesänge des großen tschechischen Lyrikers sind unserer Meinung nach in Deutschland viel zu wenig bekannt und geschätzt. Sie seien hiermit unserem Leserkreis warm empfohlen.

Verantwortlich für die Redaktion: Hr. Clara Jettin (Bundel), Wilhelmstraße Post-Degetloch bei Stuttgart.
Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.

* Aus „Die Hämmer dröhnen“, Werbestimmen. Dresden, Verlag von Kaden & Cie. Wir weisen namentlich auf dies gedanken- und stimmungreiche Bändchen hin.